

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Postage
(1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum:
Reklame verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden
für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 12. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Staats-Minister von Bethmann-Hollweg auf seinen Antrag von der Leitung des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, unter Belassung des Titels und Ranges eines Staats-Ministers, zu entbinden; und den Staats-Minister und Minister des Innern, Grafen von Schwerin, interimistisch mit der oberen Leitung des Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten zu beauftragen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Landrentmeister Hagemeyer zu Stralsund den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Bürgermeister Boettcher zu Alt-Damm im Kreise Randow den Rothen Adlerorden vierter Klasse und dem Güterarbeiter Hubert Tillmann zu Köln die Metzgermedaille am Bande zu verleihen; ferner den Ober-Prediger Eduard Gustav Herrmann Kriele in Calau zum Superintendenten der dottigen Diözese zu ernennen.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist gestern nach Dresden abgereist.

Abgereist: Se. Exzellenz der Wirkliche Geheime Rath und Ober-Jägermeister Graf von der Asseburg-Falkenstein, nach Meisdorf.

Telegramme der Posener Zeitung.

Ragusa, Montag 10. März. Es scheint, daß Bucalowich seine Bedingungen herabgestimmt habe. Omer Pascha hat den Befehl, nach Zubji zu marschiren, zurückgenommen. Bucalowich hat die Suttorina verlassen.

(Einge. 12. März 9 Uhr Vormittags.)

M Das deutsche Handelsgesetzbuch.

VII.

Die Bestimmungen unseres Privatrechts über Vollmachten enthalten schon wegen der als Regel aufgestellten Schriftlichkeit und wegen der von dieser Regel gestateten Ausnahmen mancherlei an Kaisistik streifende Vorchriften, welche für den möglichst einfachen Normen erreichenden Handelsverkehr wenig passend waren. Das Handelsgesetz hilft diesem Mangel vollständig ab. Der Kaufmann kann in jeder beliebigen Form und mit jeder beliebigen Ausdehnung oder Beschränkung Vollmachten ertheilen, doch ist eine besondere Art der kaisamannischen Vollmacht, die Prokura, ihrem Begriffe und Umfang nach gelegentlich fixirt und dem Bereiche der Privatübereinkunft entgegen. Dadurch ist dem Handelsreibenden und dem großen Publikum der Vortheil gewahrt, schon aus d. a. Namen des Bevollmächtigten als Prokuren den ganzen Kreis seiner Besigkeiten beurtheilen zu können.

Wenn wir von der einfachsten Form der Vertretung eines Kaufmanns ausgehen, so finden wir, daß die Handlungszgehülfen, worunter Handlungsdienner und Lehrlinge zu verstehen sind, an sich nicht ermächtigt sind, Rechtsgeschäfte im Namen und für Rechnung des Prinzipals vorzunehmen. Beauftragt sie der Prinzipal hiermit, so sind sie Handlungsbewollmächtigte. Als ein solcher wird dem Publikum gegenüber derjenige angesehen, welchen der Prinzipal in einem Laden, einem offenen Magazin oder einem Waarenlager angestellt hat. Er gilt für ermächtigt, Waaren zu verkaufen und Zahlungen anzunehmen, oder wie das Gesetz es ausdrückt, die Verkäufe und Empfangnahme vorzunehmen, welche in einem solchen Laden, Magazin oder Waarenlager gewöhnlich geschehen. Der Ueberbringer einer gekauften Waare und der unquittirten Rechnung ist dagegen nicht ermächtigt, die Zahlung dafür zu empfangen, wohl aber kann man ihm dann Zahlung leisten, wenn er mit der Waare die quittirte Rechnung bringt. Was nun die Besigkeiten der eigentlichen Handlungsbewollmächtigten anlangt, so richten sie sich nach dem Umfange der ihnen ertheilten Vollmacht. Der Prinzipal kann sie zum Betriebe seines ganzen Handelsgewerbes, oder zu einer bestimmten Art von Geschäften, oder zu einzelnen Geschäften in seinem Handelsgewerbe bestellen. Ihre Vollmacht erstreckt sich dann, auch ohne daß es ausdrücklich hervorgehoben wird, auf alle Geschäfte und Rechtshandlungen, welche der Betrieb eines derartigen Handelsgewerbes oder die Ausführung derartiger Geschäfte gewöhnlich mit sich bringt. Nur zum Eingehen von Wechselverbindlichkeiten, zur Aufnahme von Darlehen und zur Führung von Prozessen bedürfen sie einer ausdrücklichen Ermächtigung. Sie unterzeichnen die Firma ihres Prinzipals mit dem Zusatz: „in Vollmacht“ und mit Besigung ihres Namens. Zu ihnen gehören auch die Handlungsbreisenden, worunter man die von ihrem Prinzipal zu Geschäften an auswärtigen Orten verwendeten Handlungsbewollmächtigten versteht. Sie gelten insbesondere für ermächtigt, den Kaufpreis aus den von ihnen geschlossenen Verkäufen einzuziehen und Zahlungsfristen dafür zu bewilligen.

Da eine Handlungsbewollmacht jeden nur möglichen Inhalt haben kann, so wird der vorsichtige Mann, der mit dem Bevollmächtigten zu thun hat, sich vorher über den Umfang seiner Besigkeiten vergewissern müssen. Dem Prokuren gegenüber ist eine solche Vorsicht nicht nötig. Die Prokura ist die umfassendste Handlungsbewollmacht. Sie besteht in dem Auftrage des Prinzipals an den Prokuren, in seinem Namen und für seine Rechnung das Handelsgeschäft zu betreiben und per procura die Firma zu zeichnen. Die Bestellung des Prokuren kann mündlich oder schriftlich erfolgen, doch ist es ein wesentliches und streng formelles Erforderniß, daß das Wort „Prokura“ in irgend einer Weise bei der Bestellung angewendet wird, sei es durch die ausdrückliche Bezeichnung der Bewollmacht als Prokura, oder des Bevollmächtigten als Prokuren, oder durch die ausdrückliche Ermächtigung, per procura zu firmieren. Die Prokura ermächtigt zu allen Arten von gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen, welche der Betrieb eines Handelsgewerbes mit sich bringt und erfordert jede sonst erforderliche Spezialvollmacht.

Dass der Prokurst ohne besondere Erlaubnis Grundstücke des Prinzipals nicht verkaufen und verpfänden darf, kann nicht als Einschränkung oder Ausnahme aufgefaßt werden, weil, wie schon einmal erwähnt, Verträge über unbewegliche Sachen keine Handelsgeschäfte sind. Eine Beschränkung der Prokura in irgend einer Art ist dritten Personen gegenüber von keiner rechtlichen Wirkung. Sie kann insbesondere weder auf bestimmte Geschäfte, noch auf eine bestimmte Zeit oder einen bestimmten Ort eingegrenzt werden. Es kann ihr wie keine andere Zeitbestimmung, insbesondere auch nicht die Lebensdauer des Prinzipals als Endfrist beigelegt werden. Sein Tod hat ihr Erlöschen nicht zur Folge. Dagegen erlischt sie sofort bei dem Widerruf des Prinzipals oder dessen Erben. Der Prokurst zeichnet die Firma, indem er ihr einen die Prokura andeutenden Zusatz, gewöhnlich die Buchstaben p. p. und seinen Namen befügt. Bei einer, wie zulässig ist, mehreren Personen, und zwar nicht jedem für sich, sondern gemeinschaftlich ertheilten Prokura, der Kollektiv-Prokura, fügt jeder Prokurst der so gezeichneten Firma seinen Namen bei.

Von der Pflicht, die Ertheilung einer Prokura zur Eintragung in das Prokurenregister anzumelden, und von der Bedeutung einer vor dem ersten März ertheilten Prokura werden wir im nächsten Artikel zu sprechen haben.

Deutschland.

Preussen. [Berlin, 11. März. (Vom Hofe; Auflösung des Abgeordnetenhauses.)] Der König ließ sich heute Vormittag von dem Geheimrath Blaure, den Generaladjutanten v. Alvensleben und v. Manteuffel, dem Hausminister v. Schleinitz ic. Vorträge halten und nahm alsdann im Beisein des Generalfeldmarschalls v. Wrangels militärische Meldungen entgegen. Mittags konferierte der König mit den Ministern v. Auerswald, Grafen Bernstorff und v. d. Heydt und empfing später den Präsidenten des Herrenhauses, Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen und den Kultusminister v. Bethmann-Hollweg. Herr v. Bethmann hatte eine Abschiedsaudienz; er ist aus dem Kabinett getreten und wird sich schon in kurzer Zeit nach Schloss Reineck begeben. Wie es heißt, übernimmt Graf Schwerin das Kultusministerium, wenigstens zeichnet er schon jetzt. Als künftiger Minister des Innern wird Herr v. Möller zu Köln genannt. — Nachmittags machten die Majestäten eine Promenade im Thiergarten und nahmen dann mit dem Kronprinzen und dem Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen das Diner ein. Abends erschien der Hof im Opernhaus und wohnte der Gastvorstellung der Madame Nistori: „Elisabeth, Königin von England“ bei. Nach dem Schluss des Theaters ist im königl. Palais Theegesellschaft, zu der auch einige Minister Einladung erhalten haben. — Die Königin hat für den Saal des heiligen Geist-hospitals, in welchem die Hospitalitinnen zu Abendandachten versammelt werden, ein Delgemälde, die Verkündigung des Engels Gabriel an Maria, ein Kruxifix von Elfenbein und zwei silberne Altarleuchter geschenkt.

Heute Vormittags ist das Abgeordnetenhaus nicht, wie man erwartete, vertagt, sondern aufgelöst worden. Die Neuwahlen sollen bereits im Mai stattfinden. Die Auflösung hat hier große Bewegung hervorgerufen. Schon gestern Abend wurde in Abgeordnetenkreisen die Behauptung ausgesprochen, daß eine Auflösung Seitens der Regierung beabsichtigt werde und deshalb hatte sich auch heute vor dem Abgeordnetenhaus eine zahlreiche Volksmenge angegammelt, die sich aber im Ganzen ruhig verhielt und nur einigen Abgeordneten beim Verlassen des Hauses Hochs ausbrachte. Eine derartige Auszeichnung wurde Waldeck und Schulze-Delitzsch zu thun. Über diese Maahregel der Regierung hört man hier verschiedene Urtheile und manches lautet sehr hart und bitter. — Der Ober-Präsident Dr. v. Flotow hat gestern nach einer 46jährigen Ehe seine Gattin begraben und ist durch diesen Verlust so tief erschüttert, daß er schwerlich noch lange an der Spitze der Provinz stehen wird. Schon gestern soll er die Absicht zu erkennen gegeben haben, sein Amt niedergelegen. — Es wird beabsichtigt, zwischen Petersburg und Paris einen Expreßzug einzurichten, der nur auf den Hauptstationen Fahrgäste aufnimmt und absetzt.

[Mecklenburgische Note zur Bundesreformfrage.] Die „A. Z.“ teilt die Note mit, welche die mecklenburgische Regierung in der Frage der Bundesreform durch ihren Geschäftsträger in Wien hat überreichen lassen. Sie lautet:

„Em. Hochwohlgeboren haben mit Ihrem Bericht vom 3. d. mit einer Abschrift der identischen Note überhand, welche in Bezug auf den Erlass des königl. preußischen Ministers Grafen Bernstorff an den k. Gesandten in Dresden, Hrn. v. Savigny, vom 20. Debr. 1861, die Beantwortung der sächsischen Bundesreformvorschläge betreffend, in diesen Tagen von Ostreich und anderen deutschen Bundesregierungen in Berlin übergeben sein wird. Zugleich bin ich von den Neuuerungen in Kenntniß gesetzt, mit welchen der Graf Rechberg Em. Hochwohlgeboren diese Mitteilung gemacht hat. Ich ersuche Sie, dem Kaiserl. Hrn. Minister, und zwar, wenn es gewünscht wird, unter Zurücklassung einer Abschrift des Gegenwärtigen, darauf das Nachstehende zu erwiedern. Die großherzogl. Regierung steht unter den Umständen, wie sie gegenwärtig in Deutschland vorliegen, vollkommen die Überzeugung des Kaiserl. Kabinetts, daß jeder neue Vertrag, den bestehenden deutschen Bund auf ein bloß völkerrechtliches Vertragsverhältnis zurückzuführen, um dagegen bundestaatliche Einrichtungen unter einem Theil der deutschen Staaten herbeizuführen, nicht bloß den Grundgesetzen des deutschen Bundes zuwiderlaufen würde, sondern auch für die Gesamtheit der deutschen Staaten mehr und mehr zu einer Lockerung der nationalen Bande und folglich zur Auflösung und Schwächung Deutschlands führen müßte. Ebenso ist sie von der Wahrheit durchdrungen, daß das Prinzip jeder Bundesreform das der organischen Entwicklung der bestehenden das ganze Deutschland vereinigenden Bundesverfassung sein müsse. Gleichwohl kann die großherzogliche Regierung das Gewicht einzelner Bedenken nicht verkennen, welche preußischerseits gegen die Ausführbarkeit der das gesamme Deutschland umfassenden sächsischen Reformvorschläge erhoben worden sind. Dahin gehören insbesondere die in den Verhältnissen derjenigen Staaten, welche dem deutschen Bund angehören, und daneben außerdeutsche Gebiete umfassen, unverkenbar liegenden Schwierigkeiten.“

Diese Schwierigkeiten stehen nun aber jeder engeren bundesstaatlichen Vereinigung eines Theils der deutschen Bundesstaaten, wenn diese auch Staaten mit außerdeutschem Gebiet umfassen soll, aus denselben Gründen entgegen, aus welchen eine bundesstaatliche Vereinigung des ganzen bestehenden weiteren Bundes als unausführbar erscheint, und hierin liegt der Grund, weshalb bisher zwar viele Mängel der bestehenden Bundesverfassung als solche haben anerkannt werden müssen, und die auf Abstellung derselben gerichteten Wünsche auch unter den deutschen Regierungen allgemein verbreitet sind, dagegen aber alle positiven Vorschläge zu einer wirksamen Bundesreform mit vollem Recht für unpraktisch erklärt worden sind. Unter diesen Umständen scheint es fast, daß der richtige Ausgangspunkt für praktische Bundesreform-Vorschläge erst dann gewonnen werden wird, wenn diejenigen deutschen Regierungen, welchen die Initiative in dieser hochwichtigen Angelegenheit zukommt, der Aufstellung positiver Vorschläge auf der oben schon erwähnten bundesverfassungsmäßigen Grundlage sich unterziehen werden, und daß den bisherigen vorläufigen Erörterungen darüber die Bedeutung solcher Vorschläge noch nicht beigelegen ist. Die großherzogliche Regierung entnimmt hieraus ihrerseits ein Motiv, auch die in dem Erlass des Grafen v. Bernstorff vom 20. Dezember 1861 ausgesprochenen Ansichten noch nicht als wirkliche Vorschläge des königlich preußischen Gouvernements zu betrachten, und findet sich eben deshalb nicht veranlaßt, an daselbe eine abmahnende Neuherzung zu richten. Sollte entschlossen, zu einer Veränderung der Bundesverfassung nach zu einer Ecke und Schwächung des deutschen Bundes führen müßte, unter keinen Umständen die Hand zu bieten, hält sie zugleich die Hoffnung fest, daß derartige Vorschläge in bestimmter zur praktischen Ausführung empfohlener Gestalt von Seiten des k. preußischen Gouvernements den übrigen Regierungen nicht werden gemacht werden. Sie darf gleichwohl annehmen, daß, wenn etwa später bestimmte Vorschläge zur Reform der Bundesverfassung zu einer gemeinsamen Beratung gelangen sollten, nirgends ein Zweifel obwalten dürfe, in welchem Sinne sie sich darüber entscheiden und erklären wird. Empfangen Ew. Hochwohlgeboren ic. (Ges.) J. v. Dreyer.“

Bonn, 9. März. (Universität.) Den Unterzeichnern der Adresse an den Kurator der Universität, Geheimrath Beseler, in Sachen der Parität, sind von ihren Kommittonen auf der Akademie Münster (430 Unterschriften) und von ihren preußischen Kommittonen in Tübingen Zustimmungsschriften zugegangen. (Auch die katholischen Studenten Breslau's haben eine solche beschlossen.) Die beiden katholischen Professoren der Jurisfakultät, Geheimrath Dr. Walter und Geheimrath Dr. Bauerband, die sich bisher an dem akademischen Verein nicht beteiligt hatten, sind eingetreten. (R. B.)

Düsseldorf, 9. März. (Gnaden geschenk.) Auf die Kunde, daß der bei dem letzten Hochwasser des Rheines hier in Ausübung seines Berufes verunglückte Brückenwärter Leichten eine Witwe mit vier unmündigen Kindern in bedrängter Lage hinterlassen habe, ist von des Königs Majestät der Wittwe ein Gnaden geschenk von 120 Thlr. bewilligt worden. (E. B.)

Königsberg, 10. März. (Auflösung einer Versammlung.) Die auf den 7. d. berufene Wahlversammlung zur Verathung einer die Reform des Herrenhauses betreffenden Petition ist auf Befehl des Polizeipräidenten Maurach aufgelöst worden. Nach der „A. Z.“ gründet sich der Befehl auf §. 87 des Str. G. B. (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze) und Art. 32 der Verfassungsurkunde, welcher bestimmt, daß Petitionen unter einem Gesamtname nur Behörden und Korporationen gestattet sind.

Ostreich. Wien, 9. März. (Ungarn und die deutsche Frage.) Die ungarischen Journale fahren fort, die deutsche Frage zu erörtern und bringen aus den Federn ihrer ersten Publizisten und hervorragender Deputirten ganze Reihen von Artikeln über die identischen Noten und die diplomatischen Feuden der deutschen Kabinette. „Sie legen“, bemerkt der Correspondent der „Süd. Ztg.“, „diesen Vorgängen in Deutschland eine weit größere Wichtigkeit bei, als das von Seite der unabhängigen Presse im Bunde selbst geschieht. „Pesti Naplo“, das Organ Deaks, welches unter dem unmittelbaren Einfluß des Baron Götvöß steht und in dem bereits vor einiger Zeit der Schwager des letzteren, August Tresfort, die deutschen Angelegenheiten eingehend besprochen hat, steht nicht an, in seiner gestrigen Nummer zu erklären, daß die Überreichung der identischen Noten das „wichtigste Ereigniß sei, welches seit Jahren Ungarn, die Gesamtmonarchie, ja Europa beeinflußt habe“, und daß deshalb die ganze Aufmerksamkeit der ungarischen Politiker auf die Entwicklung der deutschen Frage gerichtet sein müsse. Aus der Art und Weise, wie man an die Erörterung in dieser Sache geht und nach und nach systematisch die besten Kräfte ins Treffen führt, wird schon ersichtlich, welche Bedeutung die Magyaren einer Lösung der deutschen Frage für ihre speziellen Interessen beilegen. Die liberale Partei, sowohl die Fraktion Deak, als die Anhänger Lissa Kolumans, erklären in langatmigen Auseinandersetzungen, daß Ungarn und seine Nebenländer eine Verstärkung der Bernstorffschen Pläne nie dulden dürfe, weil Ostreich einmal aus dem Bunde halb und halb ausgeschieden, sich zu einem straffen Zentralisationsstaat entwickeln und um seiner Existenz willen die autonome Selbständigkeit und Individualität seiner nichtdeutschen Völkerschaften ernstlich bedrohen müßte. Diese Gefahr sei, namentlich was Ungarn anbelange, in weit geringerem Grade vorhanden, so lange die deutsch-ostreichischen Provinzen nach einer deutschen Zentralgewalt hingegangen, und sich selbst in einem Verhältnis der Eidgenossenschaft zu den übrigen deutschen Staaten und Ländern befinden. So lange in Deutschland föderative Verhältnisse obwalten und Deutsch-Ostreich in dieselben verwickelt sei, könne es auch mit Ungarn und dessen Nebenländern in kein anderem als in ein mehr oder weniger föderatives Verhältnis treten. Dadurch würde aber die eigenartige Verfassung der Provinzen jenseits der Leitha und nationale Individualität ihrer Bewohner weniger gefährdet. Man verhehlt sich gar nicht, daß auch dann das deutsche Element, sobald es im Mutterlande erstarckt wäre, einen Druck ausüben würde; fürchtet aber denselben doch weniger, da er nicht in irgend verbunden wäre mit politischer Pression. Noch mehr plaudren für die von der Regierung beflogene Politik die altkonservativen Journale. Diese sind so naiv, zu verlangen, daß der König von Ungarn

die Führerschaft in Deutschland übernehmen soll und daß sich jene Tage wiederum erneuern, in denen zu Nutz und Frommen der magyarischen Nation der Heerhann des deutschen Reiches sein Blut verspritzte in den Wallgräben vor Osen und Belgrad.

— [Tagesnotizen.] Von Pesth wird die Freilassung des vor Kurzem verhafteten früheren ungarischen Landtagsabgeordneten Szilagyi gemeldet. Derselbe soll durch nichts kompromittirt sein. — Seit Neujahr tagt in Tarnow eine vom Landesgerichte Krakau abgesendete Kriminalkommission, welche wegen des als Verbrechen der öffentlichen Ruhestörung behandelten Absingens der religiös-nationalen Lieder, der demonstrativen Errichtung eines Kreuzes zum Andenken an die in Warschau Gefallenen und der ebenfalls demonstrativen Prozession zum Friedhofe am Allerseelentage die Untersuchung pflegt. Die Zahl der bereits vernommenen Personen soll mehrere Hunderte betragen. — Der in Ruhestand befindliche Erzbischof der griechisch-orientalischen Kirche in Dalmatien, Boche die Cattaro, Ragusa und Istrien, Benedikt Kragliewich, ist am 4. d. in Venetia im 97. Lebensjahr gestorben.

— [Zur Schleswig-holsteinischen Frage.] Die Wiener Korresp.^r gibt einige Aufschlüsse über die Stellung Destrachs zur Schleswig-holsteinischen Frage. Schweden habe bei den drei nicht-deutschen Großmächten den Versuch gemacht, einen Protest gegen den von Destrach eingenommenen Standpunkt zu provozieren, doch nur den Erfolg erzielt, daß die Kabinette von Paris, London und Petersburg bei Destrach „als Großmacht, nicht als deutscher Macht“, sich über den hier eingenommenen Standpunkt zu informiren suchten.

Destrachischerseits wurde den drei Mächten dargelegt, daß Dänemark zweimal, 1850 und 1852, traktatenmäßig verpflichtet habe, Schleswig nicht zu inkorporiren. Hieran halte man sich, und weitere Verlangen würden von hier aus nicht gestellt. Die Mächte könnten nicht umhin, die Berechtigung des österreichischen Standpunktes anzuerkennen, und es sei Grund vorhanden, anzunehmen, daß England, Frankreich und Russland denselben von jetzt an auch zu dem ihrigen machen werden. Außerdem bemerkte die W. C., hat das Kopenhagener Kabinett in Wien die ausdrückliche Erläuterung abgegeben, daß man nicht an die Einverleibung Schleswigs denke, wie denn überhaupt die Majorität der dortigen Regierung viel verschämlicher gefinnt ist, als man nach den Neuherungen einzelner Mitglieder derselben annehmen möchte. Räume es zu einem Konflikt der Meinungen, so würde aller Wahrscheinlichkeit nach das Ausscheiden der eiderdänischen Elemente aus dem Ministerium die Folge sein."

Frankfurt a. M., 9. März. [Opposition gegen den Handelsvertrag mit Frankreich.] Wie wohlunterrichtete Personen versichern, sind die Regierungen von Bayern und Württemberg miteinander übereingekommen, den von Preußen mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag nicht zu ratifizieren. Sie werden darüber eine ausführliche Denkschrift erlassen, die bereits in der Abfassung begriffen ist, und möglichst rasch an die Mitzubündeten abgehen soll. Neben Hervorhebung der aus dem Vertrage für die süddeutsche Industrie resultirenden Nachtheile soll auch die Gefährdung der projektirten Zollsteuerung mit Destrach und namentlich die politische Seite betont werden. Auch die Industriellen Süddeutschlands schicken sich an, mit allen Kräften gegen den Handelsvertrag zu wirken, und haben sie bereits Andeutungen, daß auch Sachsen, beide Hessen und Nassau sich dem oben erwähnten Schritte anreihen werden. (A. B. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 9. März. [Parlament.] In der vorgestrittenen Oberhaussitzung sprach der Marquis v. Normanby sein Bedauern darüber aus, daß der Staatssekretär des Auswärtigen sich nicht auf seinem Platze befindet, indem er eine Frage, die er heute über acht Tage zu stelen gedenkt, ankündigen wolle. Bei einer früheren Gelegenheit, wo er (Normanby) nochgedrungen abweidend gewesen sei, habe Earl Russell die in einem italienischen Blatte stattgehabte Veröffentlichung einer Proklamation, von der sich herausgestellt habe, daß sie eine Proklamation der piemontesischen Regierung gewesen sei, damit zu beschönigen gesucht, daß er bemerkte, wie in Sardinien unter der gegenwärtigen Regierung die größte Freiheit und vollständigste Straflosigkeit der Presse herrsche. Er wünsche nun, darüber ins Klare zu kommen, ob der seltsame Irrthum, in den sein edler Freund verfallen sei, seinen Grund darin habe, daß die Vertreter Ihrer Majestät in Italien es unterlassen hätten, ihm die gebürige Auskunft über die Lage der Dinge zu geben. Er werde daher die Vorlegung von Depeschen Sir J. Hudsons, oder von Auszügen aus Depeschen derselben beantragen, welche sich auf Verfolgungen gegen die Presse bezögen, die von der piemontesischen Regierung ausgegangen seien. Ein französisches Blatt, die letzte Nummer der „Union“, enthalte einen seltzamen Kommentar zu der Behauptung Earl Russells, daß die mehrfach erwähnte Proklamation von Lucera sofort unterdrückt worden sei. Die „Union“ nämlich melde, daß am 20. Februar vier Frauen auf Befehl des Generals Santoni erschossen worden seien, weil sie zu viel Brot in ihrem Besitz hatten.

In der Unterhausitzung fragte Berkeley den Staatssekretär des Innern, wann er den gegen die Wahlbestechungen gerichteten Gesetzesentwurf einzubringen gedenke. Sir G. Grey entgegnete, er hoffe dies vor Ostern ihm zu können, vermöge jedoch sein bestimmtes Versprechen zu geben. Berkeley zeigte hierauf an, daß er die Frage der geheimen Abstimmung nach Ostern zur Sprache bringen werde. Lefroy fragte den Sekretär für Irland, ob die Regierung ausführliche und genaue Nachrichten über den tumult erhalten habe, welcher angeblich bei der Wahl für Longford stattgefunden habe. Wenn das der Fall sei, so würde es wünschenswert sein, daß der sehr ehrenwerthe Baronet das Haus davon in Kenntnis setze, ob die eingelaufenen Nachrichten geeignet seien, die Bevölkerung derselben zu ändern, deren Verwandte, Freunde oder Mitbürger angeblich von dem Pöbel gefährlich verwundet worden seien, weil sie ihr Wahlrecht ausübten. Er wünsche ferner von der Regierung zu erfahren, ob die Absticht habe, Maafreien gegen die Wiederholung ähnlicher Scenen zu ergreifen. Sir R. Peel: Ich meinerseits wundere mich in Anbetracht der Scenen, die sich in den letzten paar Tagen ohne Zweifel in Longford zugetragen haben, durchaus nicht darüber, daß der ehrenwerthe Herr Geschäftsführer des Entsturzungs-Ausdruck gelassen hat, und zwar umso mehr, als Vächter des ehrenwerthen Herrn, sowie Vächter anderer Herren und der protestantische Pastor einer Gemeinde in der Grafschaft Longford meines Wissens von einem wilden Pöbelhaushalt und beinahe ermordet worden sind. Ich muß sagen, daß die in den Zeitungen enthaltenen Mithteilungen hinter der Wahrheit zurückbleiben, indem ich glaube, daß die Scenen der Einschüchterung und Gewaltthätigkeit, welche in Longford vorgekommen sind, der Art waren, wie man sie in Irland seit vielen Jahren nicht erlebt hat. Ich weiß nicht, was in der Sache gehan werden soll; aber nach den Berichten zu urtheilen, welche die Regierung erhalten hat, glaube ich, daß die Wahl, oder vielmehr diese Scheinwahl einer parlamentarischen Untersuchung unterworfen werden wird. Die Regierung hatte Vorsichtsmaßregeln getroffen. Militär und Polizei waren an Ort und Stelle, wahrscheinlich aber nicht in hinreichender Anzahl. So viel ich weiß, werden alle Personen, von denen sich beweisen läßt, daß sie an den gewaltthätigen Handlungen Theil genommen haben, gerechtlich belangt werden. Gregory lenkte (wie schon teleg. gemeldet) die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Blokade der amerikanischen Häfen. In der vorigen Session, bemerkte er, habe er sich bestimmen lassen, die Frage der Anerkennung des Südens nicht zur Sprache zu bringen, obgleich er schon damals der Meinung gewesen sei, bei der er noch immer verharre, daß der Norden den Süden nicht wieder in die Union werde zurückzwingen können. Die Sezession sei — ein Recht, die Trennung eine Thatsache und die Wiedervereinigung eine Unmöglichkeit. Schon im vorigen Jahre, sagt er, würde er zur Anerkennung der

südlichen Staaten als de jure und de facto unabhängiger Staaten gerathen haben, und es thue ihm leid, daß die Diskussion damals nicht stattgefunden habe, indem er glaube, daß die zu jener Zeit von dem Haup der Gemeine obachtete Haltung in den Vereinigten Staaten nicht so ausgelegt worden sei, als sei sie vom Geiste der Versöhnung eingegangen, sondern als sei sie das Resultat der Furcht gewesen. Er werde jetzt auf die Anerkennungsfrage kein Gewicht legen, sondern sich streng auf die Blokadefrage beschränken, welche nicht nur für England, sondern für die ganze Welt von der allergrößten Wichtigkeit sei. Durch die Anerkennung der Gültigkeit der Blokade erscheine die Neutralität Englands als einseitig. Den Gesetzen des Völkerrechtes, dem bei den Prinzipien herrschenden Brauche, den richterlichen Entscheidungen und den Ansprüchen berühmter Juristen gemäß sei die Blokade der südlichen Häfen rechtswidrig. Sie sei keine wirkliche, sondern nur eine Papierblokade, wie das aus der großen Zahl der durchgeschüpften Schiffe hervorgehe. Wäre die Blokade wirklich gewesen, würde dann die Regierung der Vereinigten Staaten wohl zu dem barbarischen und schändlichen Ausflugsmittel ihre Zuflucht genommen haben, die südlichen Häfen zu verhüten? Zum Schluß beantragt der Redner die Vorlegung der auf die Blokade bezüglichen Papiere. W. Forster räumt ein, daß die Anerkennung der Blokade ein Neutralitätsbuch sein würde, wenn sich darin ließe, daß die Blokade eine bloße Scheinblockade sei. Letzteres sei aber keineswegs der Fall. Die Regierung möge auf dem bisher verfolgten Wege beharren. Ihrer hochherigen Langmut sei es gelungen, England bisher vor einem höchst belästigenden Kriege zu bewahren. Der Solicitor General sagte, Großbritannien müßt sich bei der Frage von den Grundsätzen des Völkerrechtes, wie sie von den großen Juristen hingestellt worden seien, leiten lassen. Die Blokade der amerikanischen Häfen müsse als eine legale betrachtet werden. Denn dadurch, daß sie an einzelnen Stellen unterbrochen sei, verlieren sie diesen Charakter nicht. Damit wolle er allerdings nicht den Fall präjudizieren, wo es sich um ein bestimmtes Schiff in Bezug auf eine bestimmte, nicht wirklich blokkierte Stelle handle. Es seien das Fälle für Reklamation oder für die Entscheidung eines Prisengerichts. Der Antrag Gregory's wurde hierauf verworfen.

— [Tagesnotizen.] Briefe aus Rom vom 26. vor. Mts. melden die Ankunft des Prinzen von Wales derselbst. Die Witterung hatte seinen Aufenthalt auf der schönen Insel nicht begünstigt. Er habe sein Inkognito streng beibehalten und in Folge des griechischen Aufstandes seinen Reiseplan dahin geändert, daß er direkt nach Syrien fuhr, um Griechenland erst auf der Rückreise zu besuchen. Die Fregatte „Doris“ gab ihm das Geleite und der „Firebrand“ war als Kurier vorausgeschickt worden. — Einer der größten unserer Ritter, Mr. Duncan Durbar, ist vorgestern plötzlich vom Schlag ergriffen gestorben. Man schätzte sein Vermögen auf nahe an 2 Millionen Pf. St. — Der vor Kurzem nach Neu-Seeland gelandete ehemalige Gouverneur der Kapkolonie, Sir G. Grey, hat seine auf 20,000 Pf. St. geschätzte Bücher- und Handschriften-Sammlung der öffentlichen Bibliothek in der Kapstadt geschenkt. — Vor einigen Tagen starb hier einer der wenigen französischen Flüchtlinge, die noch am Leben sind und die kaiserliche Amnestie verschmähen, durch Selbstmord. — Lebat, früher Mitglied der Nationalversammlung und Advokat. Bei der Leichenschau sagte einer seiner Freunde aus: der Verstorbene habe sich kurz vor seinem Tode bei ihm darüber beklagt, daß er unausgesetzt von französischen Spionen verfolgt werde, die ihn zu einem Attentat auf Louis Napoleon verleiten wollten. Die Jury erkannte hierin eine fixe Idee, und gab den mitleidigen Spruch: temporärer Wahnsinn!

— [Auswanderung nach Kanada.] Das Court Journal meldet: „Wir erfahren, daß Lord Palmerston mit der ihn in der Verwaltung seiner irischen Güter auszeichnenden hochherigen Freigiebigkeit seine Verwalter angewiesen hat, denjenigen seiner Gefesteten, welche Lust haben, nach Kanada auszuwandern, nicht nur das Reisegeld, sondern auch das nothwendige Werkzeug zu geben, damit sie gleich, so wie sie ihre neue Heimat erreichen, anfangen können, zu arbeiten. Wir haben nicht nötig, zu sagen, daß viele bereits von diesem hochherigen Anerbieten Gebrauch gemacht haben, und daß viele Andere Antalten treffen, ihnen zu folgen. Es ist natürlich in dieser frühen Jahreszeit noch unmöglich, anzugeben, wie viele irische Familien sich im Laufe des Jahres in Kanada niederlassen werden. Allein aus sehr zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die Seelenzahl der Ausgewanderten wohl nicht viel weniger als 15,000 betragen wird.“

Frankreich.

Paris, 9. März. [Die Lage Deutschlands.] Die „Opinion nationale“ sagt bei Gelegenheit des hessischen Konfliktes über die Lage Deutschlands im Allgemeinen: „Wie 1849, heutet Destrach geschickt die Nivalität der kleinen Staaten, besonders der südlichen Staaten in Beziehung auf Preußen aus. Es sucht sich an die Spitze der Bewegung, welche zu Gunsten der Bundesreform statfindet, zu stellen und von Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover und den beiden Hessen unterstützt, den ersten Rang in Deutschland wieder einzunehmen, den es durch seine letzten Unsätze verloren hatte. Preußen, durch dynastische Vorurtheile in Unbeweglichkeit versetzt, weiß seinem Nebenbuhler nur diplomatische Noten entgegenzuhalten. Es vermag aber weder das Königreich Italien anzuverkennen, noch entschlossen für die nationale Sache einzutreten, und dadurch bindet es sich die Hände. Es zerstört allmählig die Hoffnungen, welche das deutsche Volk ihm entgegenbrachte, und zeigt sich ohnmächtig, irgend etwas zu unternehmen. Während dieser Zeit gewinnt Destrach das verlorene Terrain wieder. Vor einem Jahre war Preußen der Herr Deutschlands. Heute ist der alte österreichisch-preußische Dualismus mit seinen erbärmlichen diplomatischen Intrigen wieder zum Vortheil gekommen.“

— [Tagesbericht.] Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers war sehr bewegt. Picard sprach die im Innern offen liegenden Schäden und J. Favre folgte ihm. Das Präzregime, die Gemeindewirthschaft wurden gegeißelt und alles Das begeht, was zu einer freien Bewegung gehört. Die Redner tadelten die Zweideutigkeiten, mit denen man die gerechtesten Kundgebungen der Freiheit achtet, wobei man den Namen der Freiheit missbraucht. Baroche hatte die schwere Aufgabe, zu antworten und er entledigte sich derselben mehr mit Ruth, als mit Erfolg. — Der „Moniteur“ gleicht heute der polytechnischen Schule folgende Ehrenerklärung: „Bei Gelegenheit der neuerdings im Schulviertel vorgenommenen Bühnereien ist behauptet worden, auch die Böglinge der polytechnischen Schule seien konfisziert worden. Dies ist nicht der Fall gewesen. Die polytechnische Schule blieb wie immer der Disziplin und guten Ordnung treu und hat keinen Augenblick aufgehört, sich ihrer Ausgangstage zu erfreuen.“ — Die Redaktion des Dotationsprojekts, welches an die Stelle der zurückgezogenen Palliaco-Dotation treten soll, steht selbst in den damit beauftragten Kreisen auf nicht unerheblichen Schwierigkeiten. Der gesetzgebende Körper selbst hat sich mit der modifizierten Idee noch nicht recht befriedet. Für alle sonstige Nachgiebigkeit glaubt er wenigstens an dieser einen Oppositionsidee festhalten zu dürfen, und vielleicht kommt es der Regierung in Bezug auf viele andere Dinge nicht ungelegen, daß

der gesetzgebende Körper sich etwas für diesen exklusiven Widerstand passioneirt. — Die Berichte des Generals Delarue, Generalinspektor der Gendarmerie, welche direkt an den Kaiser gehen, konstatiren dieses Mal (bis zum 5. März), daß nach den zusammengestellten Wahrnehmungen der Polizei, eine allgemeine Beunruhigung im Lande herrscht.

Paris, 11. März. [Teleg.] Der heutige „Moniteur“ meldet, daß die „Presse“ wegen eines gegen den gesetzgebenden Körper gerichteten Artikels verwarnt worden sei.

Schweden.

Bern, 8. März. [Zur Affaire von Ville-la-grand; Verhaftungen in Frankreich.] Die Antwort auf die letzte Note des Bundesrates, betreffend die Affaire von Ville-la-grand, ist bereits eingetroffen. Thouvenel hat den letzten bündesträthlichen Vorschlag angenommen. Demnach bezahlt die Schweiz an die drei verwundeten Franzosen 4350 Fr., und Frankreich an den Wirth Choffat, Besitzer des beschädigten Hauses, 400 Fr. — In Lyon dauern die Verhaftungen noch immer fort, ebenso im Elsass. Gleiches wird aus Paris gemeldet. In Paris sind die Gefangnisse bereits so überfüllt, daß verhaftete Studenten, Arbeiter und junge Gelehrte sogar in gewöhnliche Amtssäle untergebracht werden müssen. (Sch. 3.)

Italien.

Turin, 7. März. [Das neue Kabinett.] Wie sich vorzusehen ließ, finden sich zwischen Matazzi's Programm und dem des gestürzten Ministeriums im Wesentlichen keine Differenzen. Diese Thatssache ist aber nicht geeignet, die Stellung des neuen Premiers gegenüber der Majorität zu erleichtern, da die Frage nach dem Grunde des Ministerwechsels dadurch um so näher gelegt wird. So hat denn die Rede Matazzi's heute in den Reihen der Majorität nur eine zweideutige Aufnahme gefunden. So schafft Matazzi die Nothwendigkeit, Italien nicht in Isolirung gerathen zu lassen, betont, so nachdrücklich weist er jeden Gedanken zurück, welcher mit der Würde und Unabhängigkeit des Landes unvereinbar wäre. Die Italiener sind auf die Ehre ihrer Nation so eifersüchtig, wie es ihre uneigennützigsten Freunde nur wünschen können, und die Gegner Matazzi's beuten diese Stimmung in den letzten Tagen fleißig aus. Die „Opinione“ behauptet, daß Portefeuille des auswärtigen Ministeriums sei dem General Durando angeboten worden, der sich jedoch schwerlich für ein so wenig solidarisches Kabinett gewinnen lassen will; nach Anderen würde Villamarina berufen werden. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß Matazzi die Leitung des Auswärtigen unter allen Umständen in seiner eigenen Hand behalten wird. Er wird das Innere abgeben so bald wie möglich, aber er findet vermutlich nicht geringe Schwierigkeiten bei der Besetzung dieses Departements, als Riccioli, wie schon der Umstand zeigt, daß er zur Beurtheilung der Toscaner einen Minister ohne Portefeuille ernannt hat, während es noch ein Portefeuille ohne Minister giebt. Ein besonderes Glück für das Kabinett würde es sein, wenn Cordova sich mit Anstand besetzen ließe. Viel Aufsehen macht ein Artikel der „Costituzione“, die mit Recht für Cordova's Organ gilt; derselbe droht fast geheimnisvoll mit Enthüllungen über die wahren Gründe der Krise, wenn Riccioli's Vertheidiger ihrer Politik nicht Einhalt thäte. Unter den unzufriedenen Majoritätsmitgliedern herrscht große Regsamkeit; Minghetti ist telegraphisch aus Boloppa zurückberufen worden und Lanza wird morgen seine Scharen mustern, nämlich in der Konferenz, welche über die zu beobachtende Haltung der Majorität beschließen soll. (K. 3.)

Turin, 9. März. [Tagesnotizen.] Der „Monarchia Nazionale“ zufolge hat Victor Emanuel den Prinzen Napoleon für die im Senat gehaltene Rede telegraphisch beglückwünscht und ihm gleichzeitig im Namen der ganzen Nation gedankt, deren ohnedies schon große Sympathien für Frankreich sich durch diese Rede noch vermehrt hätten. — Ein dem Könige vor ein paar Tagen zur Unterschrift vorgelegtes Dekret betrifft eine Vermehrung der Artillerie. Dieselbe wird fortan 72 Batterien mit 432 Kanonen Feldgeschütz umfassen, nebst 8 Batterien mit 48 Depotkanonen. — In Neapel wurde am 8. März, Abends, wieder eine Bombe geworfen, die bei Sta. Brigitta platze, ohne jedoch Schaden zu thun. Dieses Bubenstück wurde auch diesmal Veranlassung zu einer Kundgebung, indem die Bevölkerung die Straßen mit Lebendig auf Italien und auf Garibaldi durchzog. — Marquis C. G. Virago de Bissida, Direktor der „Armonia“ und Gründer des Journals „Il Piemonte“ ist am 5. d. nach langer und schmerzlicher Krankheit hier gestorben. — Die letzten Nachrichten über das Bestinden des Erzbischofs Msgr. Bramoni lauten höchst beunruhigend. Er hat bereits die Sterbefakamente empfangen.

Genua, 9. März. [Bei der heutigen Sitzung des Komite's di Provvedimenti] ergriff Cuneo nach Garibaldi das Wort und sagte: Die Anwesenheit Garibaldi's bezeugte im Angesichte Europa's die Einhelligkeit der italienischen Demokraten, deren Programm die Ausführung des Volksvotums vom 20. Oktbr. 1860 sei. Die Regierung darf, statt auf diese Versammlung mit Misstrauen zu blicken, sich zu derselben Glück wünschen. Wir werden Slets uns eins fühlen mit der Regierung, sobald diese wie wir die Einheit des Vaterlandes will, die wir mit allen gesetzlichen Mitteln zu erstreben suchen, indem wir Rom als Hauptstadt des Landes wollen. Nach dieser mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Rede wurde das Protokoll der vorigen Sitzung verlesen. Derjenige Abschnitt desselben, in welchem von der Petition wegen Rückberufung Mazzini's die Rede ist, wurde mit Lebendig auf Mazzini begrüßt. Die Sitzung wird fortgesetzt.

Genua, 10. März. [Teleg.] Die Komitess, welche Garibaldi zu ihrem Präsidenten gewählt, haben ihn beauftragt, von der Regierung die Rückberufung Mazzini's zu verlangen; sie haben den Grundsatz der allgemeinen Abstimmung adoptiert und werden sich mit einer Petition an das Parlament wenden.

Spanien.

Madrid, 9. März. [Teleg.] Die Regierung wird den General Prim nicht überufen. — Mehrere spanische Prälaten begeben sich zur Kanonisierung der Märtyrer nach Rom.

Rußland und Polen.

Warschau, 9. März. [Judensteuer.] Der Magistrat der Hauptstadt Warschau schärft aufs Neue die Bestimmung ein, daß jeder auswärtige Israelit für den Aufenthalt in dieser Stadt die sog. Tagetzelabgabe von 10 Kopien täglich zu entrichten habe.

Dänemark.

Kopenhagen, 10. März. [Aus dem Reichsrath.] Der Antrag auf Auflösung der schleswigschen Abgeordneten Hansen von Grumby und Thomsen von Oldenswort wurde heute in zweiter und letzter Berathung ohne Debatte vom Reichsrath angenommen. (H. B. H.)

Griechenland.

Athen, 1. März. [Die Lage der Dinge in und um Nauplia] ist folgende. Der größte Theil der Rebellen liegt eine Viertelstunde vor Nauplia neben der Straße nach Argos; sie halten das Dorf Aris, den Berg „Prophet Elias“ und eine Mühle hart an der Straße besetzt. Beim ersten Gefechte, das vor acht Tagen stattfand, wurde von den königlichen Truppen die Mühle genommen und demolirt, aber nicht weiter besetzt gehalten; den andern Tag aber wurden die Rebellen wieder besetzt und daselbst eine Kanone aufgeführt. Die Rebellen sind an den genannten Orten gut verschanzt, mit Proviant versehen und haben Waffen und Munition in Hülle und Fülle. Nauplia ist das Waffendepot des Landes, hat die größten Pulvervorräthe, wenn auch die Pulverbülfabrik in den Händen der Königlichen ist. — Ein wahre Wuth haben die Frauen. Die Frau eines Ober-Lieutenants, Artemis mit Namen, eine Familie, die mit mancher Gunst vom Hofe beglückt worden ist, theilte mit grohem Enthusiasmus Koloden aus, die ein rothes Kreuz im weißen Felde darstellen, ihre 18jährige Tochter machte die Marketerin und schwangt vom Balkon herab die Fahne des Aufwurfs; eine andere, Witwe eines ehemaligen Ministers, hält eindringliche Reden an die Soldaten, und ihre Mutter, die Frau des Alten lebenden Senators Antonopoulos schreibt nach Athen Briefe voll Freude über die geregelten Zustände in Nauplia und über die Einigkeit zwischen Militär und Volk. — General Tzotris aus Argos, welcher zuerst die Aufständischen auf jede Weise unterstützte und ihnen Argos überließ, begab sich dann selbst nach Nauplia und verlangte als älterer Offizier das Kommando über sämmtliche Truppen der Rebellen. In dieser Forderung ging aber das Direktorium der Rebellen nicht ein. Darauf entfernte sich Tzotris, den Unmuthigen spielend, und lebte außerhalb Nauplia's in einem Landhause. Als nun General Kolofotoni mit königlichen Truppen den Weg von Argos nach Tripolizza bezeichnete, nahm sich ihm Tzotris und suchte eine Unterredung nach; Kolofotoni ging darauf ein und lud ihn ein, zu ihm zu kommen. Tzotris traute aber dem Landfrieden nicht und verlangte, Kolofotoni sollte zu ihm kommen, was dieser nicht tat. Somit zerstieg sich die Unterredung, die offenbar Tzotris Unterwerfung und den Vertrath der Rebellen zur Folge gehabt hätte. Er kehrte hierauf wieder nach Nauplia zurück, und da an demselben Tage die königlichen Truppen unter suspendirten Beamten wieder ihre Funktionen begannen, so glaubten die Rebellen, daß Tzotris daran Schuld sei, nahmen ihn gefangen, leisteten ein Kriegsgericht ein und verurtheilten ihn zum Tode. Das Urtheil ist noch nicht vollzogen. Tzotris ist einer jener Häuptlinge, die vor dem Unabhängigkeitskriege der arbeitenden Klasse angehörten, er war Bäcker geselle. Seine robuste Gestalt, sein thüriger Mut, seine Rauh- und Raublust brachten ihn bald an die Spitze verwegener Gesellen, und reiche Beute an Gold und Silber, Grund und Boden, den türkischen Händen entriß, war der Sohn für seine Thaten. An Rang und Würden konnte es nicht fehlen, denn da die damalige provisorische Regierung Griechenlands kein Geld hatte, um die Landesverteidiger zu bezahlen, so wurden sie mit hohen Titeln belohnt, die immerhin ein gütiger Wechsel für die Zukunft waren. — Der Bischof von Tripolizza nahm ebenfalls keinen Anstand, die Fahne der Rebellen zu segnen und seine ihm anvertraute Heerde aufzufordern, der Nauplianer Regierung den Eid zu leisten. (Ex. 3.)

Afrika.

Alexandrien, 9. März. [Teleg. r.] Der neue französische Generalkonsul Mellinet ist heute hier eingetroffen. — Der Vizekönig hat mit dem Hause Oppenheim eine Anleihe von 40 Mill. Franks abgeschlossen.

Amerika.

[Die mexikanische Expedition.] Der „Moniteur“ bringt abermals einen Brief aus Veracruz vom 31. Jan. Der selbe ist voll bitterer Klagen über die Verkehrheit, mit der das Interventionsunternehmen angegriffen worden sei. Als es, so heißt es in dem Schreiben, zuerst in Mexiko verlautet habe, daß von Seiten der drei Mächte eine Intervention beabsichtigt werde, habe sich der mexikanischen Machthaber die größte Bestürzung bemächtigt und sie seien zu allen möglichen Zugeständnissen bereit gewesen.

Als aber die Spanier vor den Franzosen und Engländern angekommen seien und von Veracruz Besitz ergriffen hätten, habe das Gefühl der Furcht dem in Mexiko fast allgemeine Hass gegen die Spanier Platz gemacht. Zwischen den Vertretern der drei Mächte herrsche Zwiespalt. General Prim sei nicht wieder zu erkennen. Der verwogene Haudegen habe sich in einen bedächtigen, beinahe furchtsamen Unterhändler verwandelt. Sofortiges energisches Handeln thue noth und für die Führer seien bestimmt abgesetzte gleichlautende Instruktionen erforderlich. Vor Allem aber müsse der Kaiser der Franzosen Verstärkungen schicken; denn man rechne hauptsächlich auf Frankreich, um Mexiko aus seinem Zustande der tiefsten Zerrüttung heraus zu reißen. — Laut Berichten der „Opinion Nationale“ aus Veracruz vom 8. Febr. sollten die französischen Truppen sehr bald ein in militärischer wie sanitätlicher Beziehung ausgezeichnet gelegenes Lager bei Jalapa, etwa 100 Kilometer von Veracruz entfernt, auf der nach der Hauptstadt führenden Straße beziehen. Es war in Veracruz die Rede von der bevorstehenden Abberufung des Generals Prim, der als Oberbefehlshaber der spanischen Expeditionstruppen durch General Gasset, einen schon seit 35 Jahren in spanischen Diensten stehenden Franzosen, ersezt werden soll. Der französische Brigadegeneral Graf Lorencez sollte demnächst in Veracruz eintreffen und, um auf gleichem Fuße mit dem spanischen und englischen Befehlshaber zu stehen, zum Divisionsgeneral befördert werden.

Buenos Ayres, 29. Jan. [Die Lage.] General Mitre hatte die Regierung der Provinz Buenos Ayres wieder übernommen. Die lange anwesende Nationalgarde war am 18. Jan. dort hin zurückgekehrt und von den Einwohnern mit Jubel empfangen worden. Laut Berichten aus Corrientes waren dort Dampfer und Truppen aus Buenos Ayres eingetroffen und hatten sich eines guten Empfanges zu erfreuen gehabt. Ein Regiment war gelandet und hatte am Ufer Quartiere bezogen. Edward Thornton und Leopoldo de Becour, der britische und der französische Gesandte beim argentinischen Bunde, waren am 18. Jan. von Parana aus in Buenos Ayres eingetroffen. Man glaubte, es werde zu Streitigkeiten über die Wahl der zukünftigen Hauptstadt der Republik kommen; doch schien Buenos Ayres die meisten Aussichten zu haben. Man erwartete, daß der Kongress in Rosario zusammenentreten werde.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 11. März. [Die 9. Sitzung] wird vom Präsidenten Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen um 10 $\frac{1}{4}$ Uhr eröffnet. — Am Ministertische: das Ministerium, mit Ausnahme des Hrn. v. Behmann-Hollweg. — Die Tribünen sind gefüllt, die zahlreich anwesenden Mitglieder stehen gruppenweise in eifrigem Gespräch. Nachdem der Präsident die Sitzung für eröffnet erklärt hat, nimmt das Wort der Minister v. d. Heydt: Meine Herren: Das Staatsministerium hat Ihnen auf Grund allerhöchster Ermächtigung fol-

gende königliche Verordnung vom heutigen Tage mitzutheilen. (Verliest die k. Verordnung über die Auflösung des Abgeordneten- und Vertrag des Herrenhauses; s. unten.) — Der Präsident: Nach dieser Veröffentlichung haben weitere Verhandlungen nicht stattzufinden. Ich ersuche um die Ermächtigung, mit den Schriftführern das heutige Protokoll vollziehen zu dürfen und bitte die Mitglieder, das Bureau von etwaigem Wechsel Ihres Wohnorts für den Fall der Wiedereinberufung in Kenntnis zu setzen. Meine Herren! wir scheiden. Gott segne den König und das Vaterland. Ich glaube in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich rufe: „Es lebe Se. Maj. der König.“ — Das Haus wiederholt dreimal den Ruf, worauf der Präsident die Sitzung schließt.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 11. März. [17. Sitzung.] In der Stadt erwartete man für heute die Auflösung oder Vertragung des Abgeordnetenhauses. Schon lange vor 10 Uhr bildeten sich zahlreiche Gruppen auf dem Dönhofplatz. Das Innere des Hauses bot einen lebhaften Anblick. Das Haus war vollzählig und in lebhaftem Gespräch. Alle Zuhörerräume waren überfüllt. Das diplomatische Corps war fast vollständig in seiner Loge erschienen. Um 10 Minuten treten ein: die Minister v. d. Heydt, v. Patow, Graf Pückler, Graf Schwerin, v. Noor, v. Bernuth und Graf Bernstorff.

Der Präsident: Der Herr Minister v. d. Heydt hat das Wort verlangt; ich ertheile ihm dasselbe. — Minister v. d. Heydt: Meine Herren! Durch mein Schreiben vom 7. d. M. an Ihren Herren Präsidenten hat das Haus der Abgeordneten davon Kenntnis erhalten, daß das Staatsministerium in den letzten Tagen mit wichtigen Berathungen beschäftigt war. Diese Berathungen waren eine Folge des in der letzten Sitzung dieses Hauses gesagten Beschlusses. Das Staatsministerium hat geglaubt, in erste Erwägung ziehen zu müssen, welches Verhalten ihm diesem Beschuß gegenüber gezieme. Nachdem der Finanzminister in der entgegenkommendsten Weise eine Erwägung der gewünschten größeren Spezialisierung des Staats für das Jahr 1863 in Aussicht gestellt, und hiernach um ein gleiches Entgegenkommen das Haus der Abgeordneten erucht hatte, hat dasselbe dennoch den von dem Abg. Hagen gestellten Antrag angenommen. Dieser Beschuß, wie man auch über das Recht des Abgeordnetenhauses und die materielle Tragweite dessen, was beschlossen worden, denken mag, bezeichnet in entschiedener Weise die Stellung, die das Haus der Abgeordneten der Regierung gegenüber einzunehmen beabsichtigt, und hat dem Staatsministerium nach gewissenhafter und ernster Berathung die Überzeugung aufdringen müssen, daß es in dem Hause der Abgeordneten nicht dasselbe Vertrauen besitzt und demgemäß nicht diejenige Stütze finden kann, deren es nothwendig bedarf, um die ihm anvertrauten Interessen des Königs und des Vaterlandes mit Erfolg wahrnehmen zu können. Diese Überzeugung mußte dem Staatsministerium die gebietserste Pflicht auferlegen, Sr. Maj. dem Könige die allerunterthäufigste Bitte um seine Entlassung vorzutragen. Dies ist unter dem 8. d. M. geschehen. Se. Maj. der König haben aber auf diese Bitte einzugehen nicht geruht, dieselbe vielmehr mittelst Ordre vom 9. d. M. folgenden Inhalts abgelehnt:

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom gestrigen Tage gebe Ich demselben zu erkennen, daß bei dem Vertrauen, welches Ich demselben schenke, so wie bei der Achtung, in welcher dasselbe bei dem wohldenkenden Theile der Nation steht, Ich auf das Entlassungsgebot derselben nicht eingehen kann. In Erwägung der Gründe, welche das Staatsministerium zu dem Antrage um Entlassung bewogen haben, sehe ich den weiteren Maßregeln entgegen, welche dasselbe glaubt Mir raten zu müssen, um die Verwaltung Ihrer Aemter mit Erfolg zum Wohle des Staates fortführen zu können. Berlin, den 9. März 1862. (gez.) Wilhelm. An das Staatsministerium.

Dieser Allerhöchste Willensäußerung sich unterzuordnen, hat das Staatsministerium für seine unabwicliche Pflicht erachtet und demgemäß die weiteren Maßregeln in Erwägung gezogen, welche es Sr. Majestät zu raten habe, um seine Aemter mit Erfolg zum Wohle des Landes fortführen zu können. Das Staatsministerium ist von der Überzeugung durchdrungen, daß nur ein einträchtiges und vertrauensvolles Zusammenwirken der Vertretung des Landes mit der Regierung Sr. Maj. des Königs dem Interesse der Monarchie entspricht. Indem es nun auch nach wiederholter, im vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit stattgefunden Prüfung der Verhältnisse sich noch zu der Annahme berechtigt hält, daß die Vorgänge in der Sitzung vom 6. d. M. den Beweis geliefert haben, daß diese Bedingung zur Zeit nicht zutrifft, hat das Staatsministerium Sr. Maj. dem Könige zunächst nur raten können, von dem im Artikel 51 der Verfassungskunde vorgeesehenen Rechte der Krone Gebrauch zu machen. In Folge dessen hat das Staatsministerium dem Abgeordnetenhaus folgende Allerhöchste Verordnung zu verkündigen:

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. verordnen auf Grund der Artikel 51 und 77 der Verfassungskunde vom 31. Januar 1850 nach dem Antrage des Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst. §. 2. Das Herrenhaus wird hierdurch vertragt. §. 3. Unser Staatsministerium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Urkundlich unter Unserer Höchst-eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Siegel. Gegeben Berlin, den 11. März 1862. (L. S.) (gez.) Wilhelm. von Auerswald. von der Heydt. von Patow. Graf Pückler. Graf von Schwerin. von Noor. von Bernuth. Graf von Bernstorff. Verordnung, betreffend die Auflösung des Hauses der Abgeordneten und die Vertragung des Herrenhauses. Das Haus nimmt die Verkündigung mit lautloser Stille entgegen.

Der Präsident Grabow: Indem ich dem Hause meinen Dank für die mir allseitig gewordene Unterstützung bei Ausübung des mir übertragenen Amtes ausspreche, schließe ich in Folge der soeben vernommenen Kabinetsordre diese legte Sitzung dieser Legislaturperiode mit dem Ruf: Hoch lebe Se. Maj. der König! — Das Haus stimmt mit Begeisterung dreimal in diesen Ruf ein. Unter großer Aufregung verlassen die Abgeordneten den Saal. Auf dem Dönhofplatz stehen hunderte von Menschen. Bei seinem Erscheinen auf dem Platze wird Herr Schulze (Berlin) mit Zeichen der Sympathie empfangen und einer großen Menge in seine Wohnung begleitet.

— Infolge der Auflösung des Abgeordnetenhauses ist bereits eine von sehr zahlreichen Mitgliedern der Majorität vom 6. d. M. unterzeichnete Erklärung erlassen, welche lautet:

„Als wir in das Haus der Abgeordneten traten, waren wir entschlossen, mit großer Mäßigung alle Schritte zu vermeiden, welche zu Verwirrungen innerhalb der liberalen Mehrheit des Hauses oder zwischen der Volksvertretung und der Regierung Sr. Maj. des Königs führen könnten, aber ebenso entschlossen, treu dem empfangenen Mandate des preußischen Volkes, das verfassungsmäßige Recht seiner Vertreter zu wahren und seinem Konflikte auszuweichen, der uns auf diesem Wege aufgedingt würde. Wir glauben unsere Pflicht erfüllt zu haben.“

Die Weise, in welcher bisher der Staatshaushalt geordnet wurde, machte das wesenlichste Recht der Volksvertretung, das Recht, die Einnahmen und Ausgaben des Staates zu bewilligen und zu überwachen fast bedeutungslos. Denn nach der Annahme der letzten Jahre und nach der Aussäffung der Regierung, welche sie in dem Gesetzentwurf über die Oberrechnungskammer geltend gemacht hat, ist dieselbe der Volksvertretung gegenüber bei der Verwendung der öffentlichen Gelder nur an die allgemeinen Titel und Summen gebunden, welche in den Hauptetat des Staatshaushalts aufgenommen sind und in der Gesetzesammlung veröffentlicht werden. Diese sind aber in den wichtigsten und kostspieligsten Verwaltungsbereichen, vor allem in der Militärverwaltung, so groß und umfassend, daß sie den Ministern einen der Kontrolle des Abgeordnetenhauses fast gänzlich entzogenen Raum und die Macht vollkommen gewähren, auch ohne und gegen den Willen der Volksvertretung tiefgreifende Einstellungen zu treffen oder aufrecht zu erhalten.

Um diese scheinbare Feststellung des Budgets zu einer wirklichen zu machen, führten wir einen Beschuß des Hauses der Abgeordneten herbei, nach welchem nicht nur die Notwendigkeit einer spezielleren Budgetbewilligung für die Zukunft ausgesprochen ward, sondern auch schon für das laufende Jahr in den bindenden Hauptetat diejenigen Summen aufgenommen werden sollten, für welche dies zur pflichtmäßigen Ausübung der verfassungsmäßigen Kontrolle erforderlich und nach der Errichtung des Kassen- und Rechnungswesens ausführbar erscheinen würde. Die sofortige Ausführbarkeit dieses Beschlusses hat sich auch bereits durch die Umarbeitung mehrerer Etats nach Maßgabe desselben in der Budgetkommission bewährt.

Dass eine solche detaillierte Aufstellung des Hauptetats künftig unerlässlich sei, ward von allen Seiten anerkannt, und die königliche Staatsregierung selbst stellte eine derartige Abänderung für die Zukunft in Aussicht. Dagegen widersprach sie derselben für dieses Jahr. Wir aber, die wir nicht über die Formen künftiger Budgets zu verfügen, sondern über den Inhalt des gegenwärtigen nach Pflicht und Gewissen zu beschließen hatten, wir durften uns nicht auf Wünsche beschränken, denen auch später schwerlich ohne die eigene Thätigkeit der Volksvertretung in genügendem Maße entsprochen werden wird; wir waren verpflichtet, die Mittel des Staates nur in einer Form zu bewilligen, welche die uns obliegende wirkliche Kontrolle möglich mache. Wir durften, soweit es an uns lag, das verfassungsmäßige Recht des Volkes nicht zu einem wesenlosen Schein werden lassen. Wir mußten in Erfüllung unserer verfassungsmäßigen Pflicht das uns gebotene Mittel anwenden, um uns eine vollständige Darlegung und eine wirkliche Innehaltung des festzuhaltenden Staatshaushalts in seinen einzelnen Positionen zu sichern. Es leuchtet außerdem ein, wie wesentlich gerade jetzt eine sehr spezielle Festsetzung des Militäretats war. Die königliche Regierung hat die Fassung dieses Beschlusses, ohne seine praktische Durchführung in der Bearbeitung des Etats abzuwarten, mit einer Auflösung des Hauses beantwortet. Wir haben unser klares unzweifelhaftes Recht einer Budgetbewilligung in bindender Form ausgeübt und keineswegs in die Rechte der Executive eingegriffen. Wir haben keine unschuldbare Opposition erhoben, keinen kleinlichen Streit gesucht. Wir haben in einer großen und wichtigen Angelegenheit das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung zu einer Wahrheit machen wollen. Wir erwarten mit gutem Gewissen das Urteil des Landes. Berlin, 11. März 1862.“

v. Arnim. Ahmann. Bahn. Bauck. Dr. Becker. Behrend. Dr. Beigle. Bellier de Launay. Bering. Dr. Bender. Berger. Dr. Bernhardi. Bertram. Bresgen. Buchholz. v. Carlowitz. Caspers. Chomse. Coupienne. Dahlmann. v. Diederichs. Diesterweg. Duncker. Dr. Faucher. Förster. v. Forckenbeck. Forstmann. Frehsee. Frenzel. Dr. Frese. Gabbe. Gerlich. Gorhiza. Groote. Haacke. Haebler. Hagen. Heidenreich. v. Hennige. Plonchott. v. Hennig-Dembowalona. Hirschberger. Höller (Dau). Housselle. v. Horbeck. Immermann. John. Kalau v. d. Hose. Kerst. v. Kirchmann. Kleemann. Knoevenagel. Dr. Koch. Krieger (Goldapp). Krieger (Berlin). Larz. Leue (Gummersbach). Lieb. Löwe. Ludwig. Dr. Lüning. Martiny. Nelli. Meymacher. Michaelis. Mühlendieck. Müller (Demmin). Dr. Müller (Arnswalde). Müllensieffen. Rück. Oppermann. Papendiek. Parisius (Gardelegen). Parrissius (Brandenburg). Dr. Paur. Pieker. Post. Prince-Smith. Dual. Raffauf. Reichenheim. Reinitz. Rey. Römer. v. Rönne (Solingen). Roepell (Danzig). Rolshoven. Runge. Dr. Rupp. Salfeld. v. Saucken (Gerdauen). v. Saucken (Carputzsch). Schanz. Schiebler. Schneider. Schlick. Schmidt (Beuthen). Schmidt (Randsow). Schmiedecke. Schulze-Delitzsch. Schulze (Seehausen). Schumann. Schwarz. Servatius. Seubert. Soenke. Steinhardt. Stephan. v. d. Straeten. Tadd. Tschom. Twisten. Baron v. Baer. Velthuizen. Birchow. Waldeck. Waldhausen. Westermann. (Weitere Beitrittskündigungen stehen voraussichtlich noch zu erwarten.)

Militärzeitung.

England. [Die Opposition gegen die Volunteerkorps; Arme- und Flottenbudgets; Vermischtes.] Die Opposition gegen die Volunteerkorps in den englischen Militärblättern, sowie in den Tory-Drucken, welche sich in ihrer mehr exklusiven Richtung von vornherein gegen diese Nationalbewegung, wo nicht offenbar feindlich, mindestens doch sehr fühl und zurückhaltend bewiesen haben, übersteigt in Veranlassung der 200,000 Pf. St., welche in dem diesjährigen Armeebudget für die Volunteers ausgeworfen sind, jedes Maß. Die Army und Navy gazette, das wichtigste englische Militärblatt, nennt die neue Schöpfung geradezu ein verfehltes Unternehmen und fordert entweder deren durchgreifende Reform ganz auf dem Standpunkt des sicheren englischen Heeres, was natürlich bei dem dieser Freiwilligenbewegung zu Grunde liegenden Prinzip und Elemente unmöglich ist, oder die Auflösung des ganzen Instituts je eher je lieber. Es ist der alte Haß der Militärs von Fach gegen die Freiwilligen, welcher um 200,000 Pf. St. will das Kind mit dem Bade ausschütten möchte und doch — was ist diese geringfügige Summe gegen

die 14,300,000 Pfd. St. oder 95,333,333½ Thlr., welche nach dem schon veröffentlichten englischen Armeebudget die englische Armee von zusammen nur 228,000 Mann Stärke auch für dieses Jahr wieder beansprucht. Der militärische Werth der Volunteers mag ein bedingter und zweifelhafter sein, allein immerhin fallen 150—180,000 gutgerüstete Mannschaften doch ins Gewicht und billiger als für 200,000 Pfd. St. dürften dieselben sicher nirgends auf die Beine gebracht, oder wie hier gar nur in Bestand erhalten werden. — Für die englische Flotte, deren Budget nun demnächst zur Berathung und Bewilligung steht, werden für dieses Jahr von der englischen Regierung 11,794,305 Pfd. St. gefordert. Es sind das 481,945 Pfd. St. oder 3,213,063½ Thlr. weniger, als im vorigen Jahre, wo das Marinebudget 12,640,588 Pfd. St. oder 84,270,586½ Thlr. betrug. Die Ausgabe für die leichte amerikanische Verwaltung habe in der Marine allein 364,338 Pfd. St. oder 2,428,920 Thlr. betragen. — Die englischen Regimenter sollen, sofern sie in den drei Königreichen stehen, per Bataillon, resp. bei den Regimentern von nur 10 Kompanien, per Regiment, nur einen Bestand von 1027 Köpfen besitzen. — Die Zahlung der waffenfähigen Bevölkerung von Kanada, Bebris Bildung einer dortigen Kolonialarmee hat 627,174 Köpfe ergeben, worunter sich die sämtlichen waffenfähigen Männer vom 18.—60. Lebensjahr eingeschlossen finden.

Frankreich. [Literarisches; neue Czakos; Bewaffnung der Kavallerie; Vervollständigung der inneren Befestigung von Paris.] Der jetzige Kaiser von Frankreich hat bekanntlich schon als Prinz sich mit großem Eifer artilleristischen Studien ergeben und teilweise als deren Frucht das nach einem groätzartigen Plane angelegte Werk: „Etudes sur le passé et l'avenir de la Particularie; Tome 1 et 2“ in den Jahren 1846 und 1851 erscheinen lassen. Diese beiden Theile, welche in der vor trefflichen, 1856 und 57 zu Berlin erschienenen Uebersetzung des Lehrers an der preußischen Kriegsschule, Premier-Lientenant Müller, auch in Deutschland Verbreitung gefunden haben, behandeln die „Vergangenheit“ der Artillerie, und zwar den Feldkrieg sowohl wie den Belagerungskrieg, welche beide den Zeitraum von 1328—1641 umfassen. Seit dem Jahre 1851 ruhte nun das leider unvollendete Werk ganz, und es war sehr zweifelhaft, ob auch die Zukunft der Artillerie noch von dem jetzigen Kaiser auf dem Papier bearbeitet werden würde. In diesem Monat Februar ist jedoch nun der dritte Schlussband, unter den Aufsichten des Kaisers von dem Obersten Favre ausgearbeitet, bei Dumas zu Paris im Druck erschienen, und ist der Titel dieses Theils: „Etudes sur le passé et l'avenir de la Particularie; ouvrage continué à l'aide des notes de l'Empereur par le Colonel Favé. Tome III. Histoire des progrès de l'artillerie.“ Das Werk schließt sich dem Neuzerken nach ganz den ersten zwei Bänden an; es bildet einen starken Band in Quarto und ist mit 37 Tafeln ausgestattet. Der Preis beträgt 37 Fr. Eine deutsche Uebersetzung auch dieses dritten Bandes dürfte wohl nicht ausbleiben. — Statt der bisher in der französischen Armee getragenen Czakos, welche in der Armee so mißliebig sind, daß bekanntlich während des letzten italienischen Feldzugs die überwiegende Anzahl der zu denselben befehligen Regimenter gegen die Bestimmung des Kaisers dieses Ausrüstungsstück in ihren heimischen Garnisonen zurückgelassen hatten und nur mit den leichten afrikanischen Tschakos ins Feld gerückt waren, sollen nunmehr bei den französischen Truppen leichtere Czakos von Cork eingeführt werden, welche mit blauem Tuche überzogen sind. Versuchweise sind deren auch von Pappe ausgegeben worden. — Die Pistolen der Kavallerie sind nunmehr sämtlich mit gezogenen Röhren versehen worden, so daß jetzt der glatte Lauf bei sämmtlichen Handfeuerwaffen gänzlich verschwunden ist. — Die innere Befestigung von Paris gegen eine etwa mögliche Volksüberhebung wird dadurch eine weitere Vervollständigung erhalten, daß vor der Alma-Brücke zwischen der pont de Jena und pont des Invalides ein neuer Boulevard nach dem arc de triomphe geführt und dadurch auch diese Seite der Seine in direkte Verbindung mit der Avenue de Neuilly gebracht wird, welche bekanntlich einen der Hauptentrampunkte des für Paris angenommenen und größtentheils auch schon ausgeführten inneren Vertheidigungsplans bildet. Schon gegenwärtig befindet sich die französische Hauptstadt von allen diesen militärischen Vorkehrungen wie mit einem doppelten und dreifachen Netz überzogen, welchen letzteren die genannte Avenue, das Stadthaus, das Palais de justice, der Louvre und die Ecole militaire als Hauptstütz- und Anlehnpunkte dienen. Selbst der Erfolg des Steinpflasters durch eine Asphaltplasterung ist dabei auf der Hauptlinie dieser Befestigungsanlagen nicht vergessen worden, und wird sorgsam so erhalten, obgleich diese letztere Plasterung sich längst als in jeder Beziehung unpraktisch und nebenbei wohl um das Schnellfahrttheuer als das Steinpflaster ausgewiesen hat. Eine Straßenrevolution in Paris muß nach alle den dagegen getroffenen Vorkehrungen allerding in Zukunft so gut wie unmöglich erscheinen.

— p.

Lokales und Provinzielles.

Mg. Posen, 12. März. [Der Verein zur Förderung der deutschen Interessen in der Provinz Posen, und die Germanisierung der Provinz. I.] Kaum ist ein Jahr seit Gründung des Vereins der deutschen Landwirthschaft vergangen, der jetzt den Namen „Verein zur Förderung der deutschen Interessen in der Provinz Posen“ angenommen hat, und von den verschiedensten Seiten wird er angegriffen, und werden Zweifel laut über seine Erfolge und seine Wirklichkeit. Wir wollen nicht behaupten, daß er außerordentlich geleistet, allein wir sehen uns doch genötigt daraus aufmerksam zu machen, daß seine Existenz allein schon eine Thatache von Bedeutung ist, weil sie als erster Versuch hiesiger Deutschen da steht, die zerstreuten deutschen Elemente zum Widerstande gegen das aggressive Polenthum zu vereinigen. Kein ähnlicher Versuch war bis dahin gemacht, wenn wir von der Gründung des Nationalvereins in Bromberg absehen, die zufällig an denselben Tage erfolgte, an dem in Posen die erste Versammlung der deutschen Landwirthschaft stattfand. Der Verein hatte aber außerdem auch die eigentümlichsten Schwierigkeiten zu überwinden, die gewürdigt werden müssen, bevor man absprechende Urtheile über seine Wirklichkeit fällt. Mit Ausnahme der deutschen Beamten, die ihre Besoldung sicher aus der preußischen Staatsklasse beziehen, sind die sonstigen Bewohner, Kaufleute, Gewerbetreibende, &c. mehr oder weniger von ihren polnischen Mitbürgern abhängig. Dem gegenüber bilden zwar die deutschen Landwirthschaft eine unabhängige Klasse, in dessen wird diese Unabhängigkeit doch mehrfach beeinflußt von anderen Verhältnissen. Es gibt unter den deutschen Besitzern Familien, die mit polnischen Familien theils verwandt, theils aus früherer Zeit befreundet sind. Es sind nicht wenige deutsche Landwirthschaft, die Güter polnischer Besitzer in Pacht haben, die mit ihrem Verpächter früher in freundschaftlichen Vernehmen standen, und dasselbe nicht vollständig zerstören wollen durch eine entschiedene Parteinahme für die deutsche Sache. Es gibt ferner unter den deutschen Landwirthschaft eine Menge Leute, die den Frieden über Alles lieben und die um keinen Preis einen Vorwand zu einer offenen Kriegserklärung ihrem polnischen Nachbar geben wollen, dessen Vieh mit dem ihrgen aus einem Bach trinkt. Es kommt bei vielen Unklarheit über die Rechtsverhältnisse hinzu, die genährt wird durch eine nicht immer gleiche Praxis der Behörden, und durch die maahloose Dreistigkeit der Gegenpartei in Behauptungen und in Interpretationen ihrer angeblichen Rechtsdokumente. Es kommt endlich dazu die Gewissenhaftigkeit des Deutschen, die ihn bestimmt, lieber Unrecht zu leiden, als Unrecht zu thun, seine Bescheidenheit und Langmut, durch die er so lange abgehalten wird, Gleicher mit Gleidem zu vergelten, bis der Zorn über zu Tage gekommene Anmaßungen und Verleumdungen seiner Geduld ein Ende macht.

Unter der Einwirkung aller dieser Einfüsse konnte die Beteiligung am Vereine nicht nur keine allgemeine sein, sondern es war sogar schwierig, eine Majorität für irgend entschiedene Schritte zu gewinnen; es mußten vielmehr alle Maahregeln vermieden werden, die voraussichtlich die Kluft zwischen Deutschen und Polen zu vergrößern schienen. Fanden sich doch schon einzelne Mitglieder bewo-

gen ihren Austritt aus dem Verein zu erklären, nachdem sie erfahren, daß darin mehr von Politik, als von geseligem Vergnügen die Riede sein sollte. Nur Schritt für Schritt durch Seitens des Vorstandes vorgegangen werden, um dem eigentlichen Ziele des Vereins, den Kampf mit dem Polenthum aufzunehmen, näher zu treten; doch ist nicht zu erkennen, daß nach Ablauf eines Jahres alle Vereinsmitglieder an Entschiedenheit und Selbstbewußtsein bei Verfolgung der Vereinszwecke merklich gewonnen haben. Es ist dies ein großer Gewinn, und zwar ein Gewinn, der wesentlich dem Verhalten der katholischen Geistlichkeit bei den Wahlen zu danken ist. Viele Deutsche, die sich noch dem Wahne hingeben, daß über kurz oder lang sich zwischen Deutschen und Polen wieder ein erträgliches Verhältnis herstellen werde, sind durch die Wahlen zu der Erkenntniß gekommen, daß Seitens der Polen die Erbitterung gegen die Deutschen mit jedem Jahre gewachsen und jetzt auch auf die unteren Volksklassen übertragen ist. Sie machen die Erfahrung, daß es Geistlichen durch den Mißbrauch des religiösen Einflusses gelungen, ihnen Leute abwendig zu machen, die sie mit Wohlthaten überhäuft, von denen sie bisher nur gewohnt waren, Beweise der Zuneigung und Anhänglichkeit zu empfangen. Eine so rücksichtslose Agitation mußte die ernstesten Bedenken aller Deutschen erzeugen, und sie bestimmen, von jetzt ab auch die bisherigen Rückichten gegen die Polen bei Seite zu sezen. Seit sich mit politischer Erälttheit der religiöse Fanatismus vereinigt, ist an Friede und Versöhnung schwerlich zu denken. Der nationale Kampf ist von den Deutschen nicht provoziert, allein er ist einmal entbrannt, und muß ausgelöscht werden. Das Wort, das man Anstand nahm, früher öffentlich auszusprechen, drängt sich jetzt jedem auf als Ueberzeugung, als Pflicht gegen die Familie, gegen die Mitbürger und gegen den Staat: „Germanisierung der Provinz!“

[Kath. Pfarrstellen.] Die einstweilige Verwaltung des Benefiziums zu Koszeczyce ist dem Delan Lekszewski aus Strzobowice per commissum übertragen und ihm der dortige Vicar Würz als Substitut zugedacht worden. — Die erledigte Pfarrstelle zu Sosnica ist dem Professor Waszuski zu Turz zur einstweiligen Verwaltung cum facultate substituendi übertragen worden.

[Erledigte Schulstellen.] Die zweite evang. Schullehrerstelle zu Brz (Kr. Mejeritz) wird zum 15. April d. J. und die evang. Schullehrerstelle zu Gora (Kr. Pleichen) wird zum 1. April d. J. erledigt. Der betr. Schulvorstand ist das Präsentationsrecht.

S Jaraczewo, 11. März. [Wohlthätigkeit.] Das von dem Bürgermeister Röhl hier zu Förderung wohlthätiger Zwecke ins Leben gerufene Liebhabertheater gewährte sehr erfreuliche Erfolge. Wie bereits in d. Bl. erwähnt, wurde bei der ersten Vorstellung am 16. v. Mrz. eine Einnahme von 83 Thlr. erzielt. Bei der am letzten Sonntage stattgehabten Aufführung zweier kleinen Lustspiele haben die Dilettanten wieder große Anerkennung Seitens der zahlreichen Anwesenden gefunden, und es wurde eine Einnahme von 42 Thlr. erzielt. Obgleich diese Einnahme allerdings die bei der ersten Vorstellung nicht erreicht, so ist es doch jedenfalls anzuerkennen, daß in einem so kleinen Städte ein so hoher Ertag überhaupt (Dant der betreffenden Dilettation) erzielt werden konnte.

S Bromberg, 10. März. [Pocken; die Einlieger; Schiffahrt; Mord.] In Folge der hier herrschenden Pockenepidemie, die jetzt im Abnehmen zu sein scheint, (im Stadtgebiet befinden sich augenblicklich nur noch 3 Pockenkrank, während vor einem Monate deren 18—20 waren), fordert der Magistrat öffentlich zur unentgeltlichen Revaccination auf. Durch besondere Anschreibe wurden die Direktoren und Rektoren der hiesigen Schulanstalten veranlaßt, ihre Schüler und Schülerinnen ebenfalls zur sofortigen Revaccination anzuhalten. — In der Signatur des landwirtschaftlichen Kreisvereins zu Szwibin kam u. A. auch die Frage über das Einliegerwohnrecht in hiesiger Provinz und die mögliche Verbesserung derselben zur Sprache. In Schlesien kann man die hiesigen jogenannten Einlieger gar nicht. Auch dort gibt es wie hier auf größeren Gütern Wohnhäuser, die aber nicht Eigentum des Gutsherrn sind, sondern gewöhnlich mit Einbruch eines Gartens den kleinen Leuten gehören. In vielen Sälen hat der Gutsherr bei Veräußerungen nur das Vorkaufsrecht. Diese Einrichtung hat viel für sich. Der Arbeiter, der sein eigenes Grundstück besitzt, sucht es zu erhalten und zu bebauen. Er hat etwas zu verlieren und hütet sich vor schlechten Handlungen, die diesen Verlust nach sich ziehen könnten. Der diesseitige Einlieger, der nichts zu verlieren hat, kümmert sich nicht um die Zukunft, weil er hier fortgezogen, anderswo wieder Unterkommen findet und wie früher in den Tag hinein leben kann. Es fehlt ihm der Trieb, etwas zu erwerben und sich dadurch eine bebaglichere Existenz zu verschaffen, weil er keine Gelegenheit dazu und kein Vorbild hat. Die Einrichtung in Schlesien hat gute Früchte getragen. Nach Aufhebung der Dienstpflichtigkeit, welche früher diese kleinen Eigentümner unterworfen waren, haben sie auf möglichst großen Verdienst bedacht sein müssen. Die Auktionsarbeiten sind ihnen zweckentsprechend erschienen und sie haben deshalb einen solchen Umschwung genommen, daß fast alle irgend bedeutenden Arbeiten im Allord verrichtet werden, zum Trommeln der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es unterliegt aber auch keinem Zweifel, daß hierdurch auf die Bildung und Moralität der kleinen Leute wesentlich günstig eingewirkt worden ist. Ein gleich günstiges Verhältnis würde bei uns eintreten, wenn die großen Gutbesitzer sich entschließen könnten, ihre Einliegerhäuser allmälig an zuverlässige Leute zu veräußern, und sich das Vorkaufsrecht vorzuhaben, um anerkannt schlechten Leuten den Anlauf zu wehren. Mit diesem Vorschlage war die Mehrzahl der Verammlung nicht einverstanden. Es wurde eingewendet: Die hiesigen Einlieger sind zu bestimmten Diensten verpflichtet und der Gutsherr kann deshalb nicht in die Verlegenheit kommen, was möglich wäre, wenn er nur freie Händler in seinem Dorfe hätte. Hierauf ließ sich erwidern, daß der Versuch erst mit einigen Häusern zu machen und der Erfolg abzuwarten sei. Ferner: Der hiesige Gutsherr hat nicht wie bei den Einliegern die Macht, schlechte Eigentümner aus dem Dorfe zu entfernen. Dagegen könnte man fragen: Wie viele wahrsch. gute Eigentümner die einzelnen Gutsherrn eigentlich haben und wie viele gute sie an Stelle der fortgezogenen schlechten erhalten? Ob überhaupt die hiesigen Einlieger ohne die strengste Aufsicht ihre Schuldigkeit thun? Viele Gutsherren aus Schlesien kennen die biegsame Verhältnisse aus eigener Anschauung. Es würde ihnen nicht schwer sein, die einzelnen kleinen Besitzungen in kurzer Zeit aus sich zu kaufen und das hiesige Einliegerwohnrecht auch dort einzuführen. Sie thun das aber nicht und bedenken, daß einmal die Unterhaltung der Einliegerhäuser eine erhebliche Last ist, und daß die täglichen Arbeitskräfte der Eigentümner, ihnen durch die Einlieger niemals erzeigt werden würden. Nur der Thätige strebt vorwärts und sucht zu erwerben, der Faulen bleibt eben Einlieger, um seiner Faulheit möglichst fröhnen zu können. Was nützt es den dieseigenen Gutsherren, daß sie ihren Einliegern komfortable Wohnungen bauen? Gewöhnlich nur kurze Zeit gewähren die Häuser von außen einen angenehmen Anblick; bald ist in ihnen und um sie nur Schmutz und Unordnung. Wie anders sieht ein idyllisches Dorf aus! Ein freundliches Gartchen, eine reinliche Stube empfängt überall den Eintrenden. Die hiesigen Gutsherren erkennen das Bedürfnis an, Auktionsarbeiten allgemein einzuführen. Sie werden es im großen Ganzen nicht durchsetzen, so lange das Einliegerwohnrecht wie bisher bestehen bleibt.

In diesem Jahre überwinteren hier 361 Schiffer, eine bedeutend höhere Zahl als in früheren Jahren. Dieselben leben mit ihren Fahrzeugen auf der Brücke von Großtwo bis zur Brücke und im Kanal bis zur vierten Schleuse. Gestern fuhren die ersten Kahn die Brücke abwärts bis zur Geraser Brücke. Die Weichsel ist noch mit diesem Eis belegt, das Wasser im Steigen begriffen. — In Adl. Wierzchucin hat eine Dienstmagd ihr neugebornes Kind in Gemeinschaft mit ihrer Mutter ermordet und in der Stube hinter dem Dien vergraben. Vor einigen Tagen hat bereits die gerichtliche Sektion der Leiche und die Feststellung des Thatbestandes stattgefunden. Die Inkarnation ist der Unfall geständig.

Eine ernste Frage.

Die in neuester Zeit im „Dziennik Poznań“ enthaltenen Entschuldigungen und Bitten des Buchhändlers und Buchdruckereibesitzers J. B. Lange in Gnesen (auch in dieser Ztg. Nr. 51 erwähnt) werfen einen neuen, sehr bedauernswerten Schatten auf die polnisch-katholischen Zustände in der Provinz Posen. Der verstorbene Erzbischof v. Dunin hat nämlich von dem Gelde, welches während seines Aufenthalts auf der Festung Kolberg von den diesseitigen geistlichen und weltlichen Erzbischofes gesammelt und ihm bei seiner Biederkehr nach Posen als Liebeszeichen geopfert wurde, 6000 Thlr. dazu verwendet, daß in seinem Auftrage der nunmehr verstorbene Buchhändler und Buchdruckereibesitzer Ernst Günther in Elsas (obgleich Protestant) dadurch in den Stand gesetzt worden ist, für alle Katholiken, und insbesondere für die in den Erzbistümern Gnesen und Posen lebenden, ein sehr inhaltreiches polnisches Gebet und Gesangbuch à Exemplar für den geringen Preis von etwa 10 Sgr. im Druck erscheinen zu lassen. Unter so günstigen Umständen hat das genannte Erbauungsbuch überall eine willkommene Aufnahme und eine außerordentlich große Verbreitung gefunden. Und in der That ist es zum Gottesdienst sehr brauchbar (das Lied: Boże cos Polska ist in demselben nicht enthalten); allein es hat doch auch einen recht bedauernswerten Fehler. Während man nämlich in allen, selbst in den einfachsten und unbedeutendsten Gebetbüchern gewisse von der Kirche vorgeschriebene Gebete für den regierenden Landesfürsten zu finden pflegt, so ist von einem solchen Gebete in dem Duninschen Erbauungsbuche keine Spur vorhanden, obgleich die Gebete für den Papst, für den Bischof, für den Pfarrer, für die im Gefängnis Sitzenden u. s. w. nicht ausgelassen sind. Da selbst in dem Gebete für das allgemeine Ansehen der Christenheit, wo es nach der Vorchrift der Kirche heißen soll: „Insbesondere bitten wir dich, o Gott, für unsern allerdrücklichsten König (Kaiser, Herzog, Fürsten &c.). Nimm ihn in deinen heiligen Schutz, bewahre seine Lebenstage und segne sein ganzes Haus“ — steht nur in einer Parenthese die Bemerkung (vgl. Seite 737): „hier möge der Betreuer seine ihm theuersten Personen nennen.“ — Man entschuldigte wegen dieser Mängelhaftigkeit des in Rede stehenden Gebetbuchs den Erzbischof v. Dunin damit, daß er bei der damaligen religiös-politischen Aufrégung die Quelle, aus welcher das Andachtsbuch hervorgegangen, hätte berücksichtigen müssen, und daß er vielleicht auch wegen seiner erlittenen Gefangenshaft auf die hohen und höchsten Herrschaften nicht sonderlich gut zu sprechen gewesen sei möge (1). Man hoffte mit Bestimmtheit, daß nach Dunin's Tode bei Gelegenheit einer neuen Auflage das beregte Diözesan-Gebetbuch in der angedeuteten Beziehung von der geistlichen Behörde werde ergänzt und vervollständigt werden. Nun ist allerdings im verflossenen Jahre eine neue (die dritte) Auflage des Buches erschienen, aber die gewünschten Gebete für den König und das königliche Haus sind, zum Erstaunen aller patriotisch gesinnten Gläubigen, wieder ausgelassen worden. Dieses Erstaunen ist aber um so schmerzlicher und bedeutungsvoller, weil diese dritte Auflage mit notorischem Wissen und Willen des gegenwärtigen Erzbischofs v. Przykusk befohlen ist, der doch überall als eine an unserm Königshof beliebte Persönlichkeit gilt. Niemand zweifelt an der Wahrheit der Beschwerden dieses Kirchenfürsten, daß er dem Könige und dem königlichen Hause treu zugethan ist, aber um so auffälliger muß es erscheinen, wenn er seinen polnischen Diözesanen ein Gebetbuch in die Hände giebt, wo eine Hauptpflicht der katholischen Religion — die Pflicht der Liebe und des Gebets für den herrschenden Landesvater, ganz ignorirt wird. — Die Bischöfe und die Staatsbehörden in Galizien und im Königreich Polen schauten über diesen Punkt anders zu denken, denn sie erlauben, wie man hört, den dortigen Kirchkindern und Unterthanen beim Gottesdienst nur solche Gebetbücher zu benutzen, in welchen das vorschriftmäßige Kirchengebet für den Kaiser abgedruckt ist.

Bevor der Buchdruckereibesitzer J. B. Lange in Gnesen (ein Katholik) von Seiten des Erzbischofs v. Przykusk die Erlaubnis zum Druck und zur Herausgabe des Duninschen Gebetbuchs in der dritten Auflage erhalten, sah er sich veranlaßt, dem Nonneninstitut in Gnesen 500 (sage fünfhundert) Thaler darzubringen. Kann man sich also darüber wundern, daß er als praktischer Geschäftsmann um seinem Verlagsartikel ungehinderten Eingang und raschen Absatz auch in Galizien und im Königreich Polen zu verschaffen und die darauf verwendeten Auslagen möglichst bald wieder zurückzuerlangen, in den für jene Länder bestimmten Exemplaren statt des etwas nach Politik schmeckenden Gebets für das Vaterland, die von der Kirche vorgeschriebenen Gebete für den Kaiser Franz Joseph und resp. für den Kaiser Alexander II. hat abdrucken lassen? Wie würde er sonst im Stande sein, das betr. Buch eben so billig, wie früher Günther (à 10 Sgr.) zu verkaufen, wenn man bedenkt, daß Günther zur Herausgabe desselben vom Erzbischof v. Dunin eine Beihälfte von 6000 (sechstausend) Thalern erhalten, während Lange zur Errichtung desselben Zweckes den Gnesener Nonnen ein Geschenk von 500 Thalern freiwillig machen mußte? — Diese ganze Angelegenheit ist höchst betrübend. Das in Rede stehende Buch ist nämlich ein von dem verstorbenen Erzbischof v. Dunin für alle Katholiken und vorzüglich für die Erzbischöfe Gnesen und Posen bestimmtes Danziger und Vermächtnis; es gehört also doch wohl als Eigentum für alle Zeiten den genannten Interessenten an, und man könnte wohl fragen, ob der Erzbischof v. Przykusk ein Recht hatte, mit diesem Erbauungsbuch eine Privatwohlthätigkeit zum Wohle Einzelner nach freiem Ermessen auszuüben. Wollte er damit einen pessimumen Vorheil erzielen, so gehörte ein solcher doch wohl nicht den Nonnen in Gnesen allein, sondern dem ganzen polnischen dabei beteiligten Publikum an? Wie groß würde das Verdienst des Erzbischofs v. Przykusk gewesen sein, wenn er als Wächter auf der hohen geistlichen Warte das Duninsche Gebet- und Gesangbuch, wie oben angedeutet, zuvor vervollständigt und dann den Buchhändler Lange kontraktlich verpflichtet hätte, diese dritte Auflage noch billiger wie bis jetzt, oder vielleicht für Aermere unentgeltlich, zum Verkauf zu stellen. Auf solche Weise hätte die ganze polnisch-katholische Christenheit einen bleibenden Vorheil erworben, und der Verleger wäre nicht genötigt gewesen, seine Zuflucht zu den bewußten Verbreitungsmitteln zu nehmen. — Seitdem nun durch ein Versehen oder einen glücklichen Zufall einige Exemplare von dem nach Ostreich und Ruhland bestimmten, gewiß wahrhaft katholischen Gebetbuche in Posen zum Vorschein gekommen sind, erhebt man darüber im Lager der exaltirten Polenpartei ein großes Geschrei, und der vielleicht in seiner Existenz sich bedroht dünklende Verleger ward dadurch gezwungen, in öffentlichen Blättern zu bitten, daß man in den beregten Exemplaren, wo die Fürbitte für die Kaiser Franz Joseph und Alexander gedruckt stehen, die Seiten 483—486 vernichten möge, weil sie ja doch schon zur Vernichtung bestimmt sind. Ist's denn also den Katholiken im Großherzogthum Posen nicht erlaubt, für ein gekröntes Haupt zu Unus pro multis.

(Beilage.)

Telegramm.

Beim Schluss unserer Zeitung geht uns noch folgendes Telegramm zu:

Berlin, Mittwoch 12. März. Die heutige offiziöse „A. Pr. Pg.“ bespricht in einem Leitartikel den Thatsbestand, welcher zu der Ministerkrise Veranlassung gegeben, führt dann die Gründe auf, welche das Staatsministerium zu seinem Dimissionsgesuch veranlassten, und erwähnt die Niedernahme desselben Seitens Dr. Maj. des Königs, welcher, festhaltend an dem im November 1858 kundgegebenen Entschluss, durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses dem Lande nochmals die Gelegenheit darbietet, zu beweisen, dass es gewillt sei, eine den Allerhöchsten Intentionen entsprechende Politik einer mit wohlerwogenen Reformen besonnen fortzuführen Entwicklung zu unterstützen.

Die Staatsregierung hat an das Land appelliert, und bleibt fest entschlossen, mit den durch das Landesinteresse gebotenen Reformen vorzugehen. Wie dieselbe die Frage der Grundsteuerregulierung befriedigend gelöst, glaubt sie auch für die demnächst beabsichtigten

anderweitigen Reformmaßregeln einen weniger hartnäckigen Widerstand überwinden, und ihnen einen befriedigenden Erfolg sichern zu können. Nach den lehrreichen Vorgängen der letzten Tage sollten alle besonnenen Männer dahin wirken, dass aus den bevorstehenden Wahlen besonnene Männer hervorgehen. Der Leitartikel schliesst: Nur dann, wenn ein solches Wahlresultat erzielt wird, besitzt das Land genügende Fürgschaft einer gedeihlichen Entwicklung seiner Wohlfahrt, seiner Macht und seiner Freiheit.

(Eingegangen 12. März 12 Uhr 30 Min. Nachmittags.)

Angekommene Fremde.

Vom 12. März.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rittergutsbesitzer Bandelow aus Dobrzica, Rentier Schwarz aus Nadel, Gutsbesitzer Bertelsmann aus Marzowo, die Kaufleute Dinger aus Berlin, Schottländer und Seelhorst aus Breslau.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Gutsbesitzer v. Berezniak aus Berlin und Waligorski aus Rostkowowo, die Gutsb. Frauen v. Karzewska, v. Zychlinska und v. Kurnatowska aus Rumianek, Hofsipanin Fraulein Gätner aus Breslau, die Rittergutsbesitzer v. Turno aus Słopanowo und v. Grudzielski aus Lubeignew, Rittergutsbesitzer

und Landschaftsrath v. Chelkowksi aus Kuklinowo, Administrator Zgorzalewicz aus Gize, Provinzial-Bundtagsabgeordneter Frits aus Birke, Stadtgerichts-Direktor Zweigert aus Berlin, Oberamtmann Klug aus Rogowino, die Kaufleute Black und Rambor aus Gräb.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer Schulz aus Strzelowo, Frau Rittergutsbesitzer v. Pockatecka aus Pierzyk, Rentier v. Piatecki aus Gneje, Privater Bodpol aus Rogalin, Probst Lewandowski aus Kosten und Gutsbesitzer Wendland aus Neuwörwerk.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Gutsbesitzer Pauly aus Karlshof und v. Kamiński aus Glupów, Baumeister Wurtonlein aus Protoschin, Rittergutsbesitzer v. Ischepe aus Broniszewice, die Kaufleute Goldschmidt aus Berlin, Kuhn, Schulz und Moses jun. aus Stettin, Kahler aus Breslau und Seelig aus Köhn.

HOTEL DU NORD. Reg. Referendar Rütteln aus Arnswberg, die Rittergutsbesitzer Graf Kwieciński aus Oporowo, v. Korzorowski aus Jasien und Bauerndt aus Strzelki, die Rittergutsb. Frauen v. Baranowska aus Strzelcewo und Schimmelpfennig v. Dy aus Marienwerder.

BAZAR. Die Gutsb. Frauen v. Budziszewska aus Grąbłowo, Gräfin Bińska aus Karna, v. Gutowska aus Ruchocin, v. Eustachiusz, v. Wierzbowska und die Gutsbesitzer v. Sliwiński und v. Kempicki aus Polen, v. Korzorowski aus Gola, v. Kozorowski aus Mikoszki und Graf Westerki aus Wróblewo, Literat Feldmanowski aus Groß-Jeziory und Administrator Magdziński aus Samter.

EICHENER BORN. Handlungsdienner Szyffler aus Konin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Der Gang der Personenpost zwischen Ostrowo und Kalisch ist gegenwärtig folgender:

Aus Ostrowo täglich 6 Uhr Abends,

in Kalisch 9

Aus Kalisch täglich 4½ Uhr früh,

in Ostrowo 7 Morgens.

In Kalisch steht die Post mit den Posten nach und von Kutno (Warschau) und in Ostrowo mit der Post nach und von Dels (Breslau) in Verbindung.

Angeschlied im weiteren Gange von Kalisch nach Kutno (Warschau) und von Kutno (Warschau) nach Kalisch gestaltet sich die fragliche Verbindung wie folgt:

Aus Kalisch täglich 10 Uhr Abends nach Ankunft der Post aus Ostrowo 9 Uhr Abends;

durch Kolo 4—5 Uhr früh,

durch Krośniewice 8—8½ Uhr Morgens;

in Kutno 9¾ Uhr Vormittags;

zum Anschluss an den 12¾ Uhr Milt. von Kutno nach Warschau abgehenden Eisenbahnzug.

Zurück: nach Ankunft des Eisenbahnzuges aus Warschau und zwar Abgang:

aus Warschau 10½ Uhr Vormittags,

in Kutno 3½ Uhr Nachmittags,

aus Kutno täglich 4½ Uhr Nachmittags,

durch Krośniewice 5½—5¾ Uhr Nachmittag,

durch Kolo 8—8½ Uhr Abends,

in Kalisch 3½ Uhr früh,

aus Kalisch 4½ Uhr früh,

in Ostrowo 6½ Uhr Morgens;

zum Anschluss an die Personenpost nach Dels (Breslau) 8½ Uhr Morgens.

Posen, den 10. März 1862.

Der Ober-Postdirektor Buttendorff.

Bekanntmachung.

Der Verkauf sämtlicher Weiden auf den Dämmen und Bankeiten der Obra-Kanäle im Kostener und Bomster Kreise soll im Wege der Submission an den Meistbietern erfolgen. Die Bedingungen sind im Obra-Meliorationsbureau hier selbst einzusehen, sollen auch gegen Erstattung der Kopialien mitgeteilt werden, und bemerke ich nur, dass die Weiden bis zum 15. Mai geschnitten und entfernt sein müssen und die Gebote pro Bund von zwei Fuß rheinländisch Durchmesser abzugeben sind.

Kauflustige werden aufgefordert, ihre Gebote in frankierten Briefen bis zum 30. März c. einzusenden und die Entscheidung über den den Zu-schlag im Termine den 1. April c. Vormittags 10 Uhr hier selbst zu gewähren.

Kosten, 9. März 1862.

Der Königliche Kommissarius für die Obra-Meliorationen, Landrath v. Madai.



Oberschlesische Eisenbahn.

Die Bahnhofs-Restoration in **Posen** soll vom 1. Juli d. J. ab auf unbestimmte Zeit gegen dreimonatliche Kündigung im Wege der Submission verpachtet werden und steht hierzu am Montag den 24. März Mittags

12 Uhr

in unserem Centralbüro auf hiesigem Bahnhofe an. Angebote sind versiegelt unter der auf der Adresse zu vermerkenden Aufschrift:

Gebot auf die Pachtung der Restauration in **Posen** bis zum Termine an uns einzureichen, in welchem dieselben in Gegenwart der erschienenen Pachtlustigen werden eröffnet werden.

Die Bedingungen können auf unserem Zentralbüro während der Amtsständen, so wie im Büro des Stationsvorstandes in **Posen** eingesehen, auch gegen Zahlung der Kopialien von uns abschriftlich entnommen werden. Das Mindestgebot beträgt 300 Thlr.

Breslau, den 8. März 1862.

Königl. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bestimmungen des Provinzial-Reglements vom 18. April 1858 muss alljährlich die Aufnahme der für den Fall einer Mobilisierung zum königlichen Dienste tauglichen Pferde erfolgen. Die sämtlichen Pferdebesitzer biefiger Stadt werden deshalb aufgefordert, ihre Pferde in termino den 20. März c. Vormittags 8 Uhr auf dem Kanonenplatz vorzuführen, woselbst die Revision bewirkt werden wird.

Die zu widerhandelnden trifft nach §. 10 der

Verordnung vom 24. Februar eine Geldbuße von 5 bis 50 Thlr.

Posen, den 3. März 1862.

Der Magistrat:

Naumann. Au. Dr. Samter.

Bekanntmachung.

1) Der Kaufmann Louis Kantorowicz zu Posen hat seine Firma: **Louis Kantorowicz** bei uns angemeldet und ist dieselbe am 8. d. M. unter Nr. 82 unseres Firmenregisters eingetragen worden.

2) Der Kaufmann **Louis Kantorowicz** zu Posen hat für sein unter der Firma: **Louis Kantorowicz** betriebenes Handelsgeschäft seiner Chefin **Dorothea Kantorowicz** geb. Kantorowicz Profura erhebt und ist die Profura unter Nr. 10 unseres Profuren-Registers am 8. d. M. eingetragen worden.

Posen, den 7. März 1862.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Proclama.

Bei der Vertheilung der Kaufgelder des in nothwendiger Subhastation verkaufen, ehemals dem Mathias v. Bogdanski gehörig gewesenen Ritterguts **Zakowice**, Pleßchener Kreis, ist wegen der auf dem gedachten Gute unter Abr. III. Nr. 15 des Hypothekenfolli für die Elisabeth v. Bogdanska geborene v. Sadowska auf Grund der gerichtlichen Obligation des Mathias v. Bogdanski vom 15. Oktober 1802, zufolge Verfügung vom 27. Sept. 1803, eingetragen gewesene Forderung von 3000 Thlr. mit dem auf den Kaufgelderrückstand angewiesenen Betrage von 929 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. nebst 5 Prozent Zinjen von 3000 Thlr. seit dem 29. Dezember 1859, eine Spezialmasse gebildet worden, indem die angeblichen Rechtsnachfolger der Elisabeth v. Bogdanska geb. v. Sadowska sich weder als solche legitimiren, noch das über die gedachte Forderung gebildete Hypothekeninstrument vorlegen konnten.

Es werden deshalb alle diejenigen unbekannten Personen, welche als Eigentümer, Erben, Geistlichen, Pfandinhaber oder sonst berechtigte Ansprüche an die Spezialmasse resp. an den angesiehenen Kaufgelderrückstand zu haben vermessen, aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem auf den

20. Juni 1862 Vormittags 10 Uhr angefügten Termine bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden, widrigfalls sie mit ihren etwaigen Ansprüchen werden präkludirt werden und ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen aufgerichtet werden.

Pleschen, den 15. November 1861.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht in Gnesen, den 21. Oktober 1861.

Das im hiesigen Kreise belegene Vorwerk **Makownica**, gerichtlich abgeschäfft auf 18,406 Thlr. zufolge der, nebst Hypothekenchein und Bedingungen, in der Registratur einzusehen den Taxe, soll am 15. Mai 1862, Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle

eine Partie Vielefelder, Herrnhuter und schlesischer Leinwand, Tischwäsche, Taschentücher, Hand- und Tischtücher rc. zu verkaufen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Don dem Aufenthalte nach zur Zeit unbekannte Besitzer Carl Klug wird hierzu öffentlich vorgerufen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Don dem Aufenthalte nach zur Zeit unbekannte Besitzer Carl Klug wird hierzu öffentlich vorgerufen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zum Erweiterungsbae der Krankenanstalt der barmh. Schwestern hier selbst erforderlichen Mauer-Materialien, als:

700,000 Stück ordinaire, gut gebrannte Ziegelsteine,

30,000 Verbundsteine (Klinker),

7,200 Hohlsteine,

Angebundene Fremde.

Vom 12. März.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rittergutsbesitzer Bandelow aus Dobrzica, Rentier Schwarz aus Nadel, Gutsbesitzer Bertelsmann aus Marzowo, die Kaufleute Dinger aus Berlin, Schottländer und Seelhorst aus Breslau.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Gutsbesitzer v. Berezniak aus Berlin und Waligorski aus Rostkowowo, die Gutsb. Frauen v. Karzewska, v. Zychlinska und v. Kurnatowska aus Rumianek, Hofsipanin Fraulein Gätner aus Breslau, die Rittergutsbesitzer v. Turno aus Słopanowo und v. Grudzielski aus Lubeignew, Rittergutsbesitzer

Ein geräumiges Wohnhaus nebst Stallung und

Garten, als Wohnung für einen pensionir-

ten Beamten geeignet, ist ganz in der Nähe der

Stadt Jarocin zu verpachten.

Das Nähere beim Rendanten **Schwanke** zu Jarocin.

Vier Schüler aus den unteren Real- oder Gymnasialklassen finden vom 1. April d. J. ab liebevolle Aufnahme; gute Aufsicht, Nachhilfe und Klavierunterricht werden zugesichert. Näheres

Bäckerstrasse 10.

Nähre Auskunft erhält

die Direction

Professor **Dr. Stockhardt**.

Annocen

für sämtliche deutsche, englische, französische, dänische, schwedisch-norweg., russische, amerikanische u. s. w. Zeitungen, über welche auf Verlangen spezielle Verzeichnisse gratis und franco zu Diensten stehen, werden von unterzeichneten Bevollmächtigten zu Originalpreisen angenommen und prompt besorgt. Das Bureau bietet dem verehrlichen Publikum den Vortheil, dass, außer Ersparung an Porto, bei grösseren Aufträgen und insbesondere bei häufiger Wiederholungen ein entsprechernder Rabatt eingeräumt wird. — Ueber jede Annocce wird der Beleg geliefert.

Vertreten in Leipzig durch **Gustav Brauns** Buchhandlung, Berlin durch die **Ameling'sche** Buchhandlung.

Haasenstein & Vogler, Hamburg-Altona und Frankfurt a. M.

Zur Besorgung von

Blechwaren

empfiehlt sich

C. E. Nitsche in Schmiedel.

Die zweite Sendung echt

Kulmbacher Bockbier

ist wieder angelangt und wird dem geehrten

Publikum bestens empfohlen.

M. W. Falk, Schloßstraße Nr. 4.

Frische! Leb. Stekte, Hecte, Bander u. Barren
Verhalte ich Donnerstag früh & wie Abends
6 u. billigt. u. bittet um hochgezogeneen Zuspruch

Kletschoff, Krämerstr. 12.

Frische Tisch- und Backbutter empfiehlt

Isidor Busch, Sapechplatz 1.

Mohn, Weiß und blau,

in bekannter Güte, empfiehlt die Vorstoßhandlung auf den Dominium **Biechowo** bei

Gin Spiritusbrenner, ein Wirtschaftsschreiber (polnisch), sowie ein Cleve, der die Landwirtschaft erlernen will, können sofort placirt werden.

Auch werden 150 Stück Buchschaafe zu laufen gesucht durch das Placirungs-Bureau Breitestr. Nr. 7. **H. Oberzycki**.

Gin mit den nötigen Vorfennissen versehener, gebildeter junger Mann, beider Landessprachen mächtig, kann in meiner Apotheke als Lehrling eintreten.

G. Neumann in Posen.

Ein unverheiratheter geübter Stellmacher findet vom 1. April c. vortheilhafte Stellung auf dem Dominium **Biechowo** bei **Wreschen**.

Durch das Berliner Damen-Engagements-

Büro der Frau **Doris Leissner** in Berlin, Kommandantenstraße 53, können noch zu Ostern vortheilhaft placierte: Eine franz. Gouvernante für die Tochter eines Baron nach Delitzsch, 3 franz. Bonnen nach dem Rhein, 1 Kochdemoiselle nach Pommern für eine gräfliche Familie, 2 Landwirths. und 6 perfekte Kammerjungfern für hohe Damen.

Gin evang. Wirtschaftsleute wird gesucht, zu erfragen kl. Gerberstraße Nr. 2.

Lehrlingsgesuch.

Ein kräftiger junger Mann kann bei mir in die Lehre treten.

A. Sieburg, Schönfärbereibesitzer.

Ein Knabe armer, aber ordentlicher Eltern, ohne Unterschied der Konfession, findet als Lehrling ein Unterkommen. Wo? weist nach

A. Aronsohn, Breitestr. 29.

5 Thaler Belohnung.

Gin sind seit Anfang d. J. zu verschiedenen Malen abhanden gekommen.

1) ein goldener Ring, antik, mit fünf in Silber gefassten Diamanten, die einen Smaragd umgeben.

2) Ein silberner Schlüssel gez. B. J.

3) Ein silberner Schlüssel gez. W. Z.

4) Ein echtes spanisches Rohr mit silbernem Knopf.

5) Eine goldene Brosche (Schlange).

Wer zur Wiedererlangung dieser Gegenstände oder zur Entdeckung des Diebes verhilft, erhält obige Belohnung bei Herrn

L. Goldenring.

Auf Veranlassung der mehrheitlich ausgesprochenen Wünsche wird der auf den 22. März d. J. festgesetzte Ball aufgehoben, und zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs im Saale des Kafino ein Herrendiner am 22. d. M. Nachmittags 2 Uhr stattfinden. — Zur recht zahlreichen Beteiligung an letztem werden die gebreiten Kasinomitglieder mit dem Bemerkern ergeben eingeladen, daß am Festdiner auch Herren teilnehmen können, die nicht zur Kasino-Abteilung gehören.

Meldungen zum Diner werden bis zum 20. d. M. im Kafino bei dem Dekonom **Puchanek** erbeten.

Posen, den 6. März 1862.

Die Kafino-Direktion.

*** Wer Französisch und

Englisch durch Selbstunterricht schnell u. leicht zu erlernen wünscht,

dem empfehlen wir die deutsch-französisch-

Gin Spiritusbrenner, ein Wirtschaftsschreiber

(polnisch), sowie ein Cleve, der die Land-

wirtschaft erlernen will, können sofort placirt werden.

Auch werden 150 Stück Buchschaafe zu

laufen gesucht durch das Placirungs-Bureau

Breitestr. Nr. 7. **H. Oberzycki**.

Gin mit den nötigen Vorfennissen

versehener, gebildeter junger Mann,

beider Landessprachen mächtig, kann in

meiner Apotheke als Lehrling eintreten.

G. Neumann in Posen.

Ein unverheiratheter geübter Stellmacher findet vom 1. April c. vortheilhafte Stellung auf dem Dominium **Biechowo** bei

Heine, Mai, Nicolai etc., in

Bromberg bei **Aronsohn**.

Dr. phil. B. H-n; **Dr. S. S-s**.

Durch das Berliner Damen-Engagements-

Büro der Frau **Doris Leissner** in Berlin, Kommandantenstraße 53, können noch zu Ostern vortheilhaft placierte: Eine franz. Gouvernante für die Tochter eines Baron nach Delitzsch, 3 franz. Bonnen nach dem Rhein, 1 Kochdemoiselle nach Pommern für eine gräfliche Familie, 2 Landwirths. und 6 perfekte Kammerjungfern für hohe Damen.

Gin evang. Wirtschaftsleute wird gesucht, zu erfragen kl. Gerberstraße Nr. 2.

Lehrlingsgesuch.

Ein kräftiger junger Mann kann bei mir in die Lehre treten.

A. Sieburg, Schönfärbereibesitzer.

Ein Knabe armer, aber ordentlicher Eltern, ohne Unterschied der Konfession, findet als Lehrling ein Unterkommen. Wo? weist nach

A. Aronsohn, Breitestr. 29.

5 Thaler Belohnung.

Gin sind seit Anfang d. J. zu verschiedenen Malen abhanden gekommen.

1) ein goldener Ring, antik, mit fünf in Silber gefassten Diamanten, die einen Smaragd umgeben.

2) Ein silberner Schlüssel gez. B. J.

3) Ein silberner Schlüssel gez. W. Z.

4) Ein echtes spanisches Rohr mit silbernem Knopf.

5) Eine goldene Brosche (Schlange).

Wer zur Wiedererlangung dieser Gegenstände oder zur Entdeckung des Diebes verhilft, erhält obige Belohnung bei Herrn

L. Goldenring.

Auf Veranlassung der mehrheitlich ausgesprochenen Wünsche wird der auf den 22. März d. J. festgesetzte Ball aufgehoben, und zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs im Saale des Kafino ein Herrendiner am 22. d. M. Nachmittags 2 Uhr stattfinden. — Zur recht zahlreichen Beteiligung an letztem werden die gebreiten Kasinomitglieder mit dem Bemerkern ergeben eingeladen, daß am Festdiner auch Herren teilnehmen können, die nicht zur Kasino-Abteilung gehören.

Meldungen zum Diner werden bis zum 20. d. M. im Kafino bei dem Dekonom **Puchanek** erbeten.

Posen, den 6. März 1862.

Die Kafino-Direktion.

*** Wer Französisch und

Englisch durch Selbstunterricht schnell u. leicht zu erlernen wünscht,

dem empfehlen wir die deutsch-französisch-

Gin Spiritusbrenner, ein Wirtschaftsschreiber

(polnisch), sowie ein Cleve, der die Land-

wirtschaft erlernen will, können sofort placirt werden.

Auch werden 150 Stück Buchschaafe zu

laufen gesucht durch das Placirungs-Bureau

Breitestr. Nr. 7. **H. Oberzycki**.

Gin mit den nötigen Vorfennissen

versehener, gebildeter junger Mann,

beider Landessprachen mächtig, kann in

meiner Apotheke als Lehrling eintreten.

G. Neumann in Posen.

Ein unverheiratheter geübter Stellmacher findet vom 1. April c. vortheilhafte Stellung auf dem Dominium **Biechowo** bei

Heine, Mai, Nicolai etc., in

Bromberg bei **Aronsohn**.

Dr. phil. B. H-n; **Dr. S. S-s**.

Durch das Berliner Damen-Engagements-

Büro der Frau **Doris Leissner** in Berlin, Kommandantenstraße 53, können noch zu Ostern vortheilhaft placierte: Eine franz. Gouvernante für die Tochter eines Baron nach Delitzsch, 3 franz. Bonnen nach dem Rhein, 1 Kochdemoiselle nach Pommern für eine gräfliche Familie, 2 Landwirths. und 6 perfekte Kammerjungfern für hohe Damen.

Gin evang. Wirtschaftsleute wird gesucht, zu erfragen kl. Gerberstraße Nr. 2.

Lehrlingsgesuch.

Ein kräftiger junger Mann kann bei mir in die Lehre treten.

A. Sieburg, Schönfärbereibesitzer.

Ein Knabe armer, aber ordentlicher Eltern, ohne Unterschied der Konfession, findet als Lehrling ein Unterkommen. Wo? weist nach

A. Aronsohn, Breitestr. 29.

5 Thaler Belohnung.

Gin sind seit Anfang d. J. zu verschiedenen Malen abhanden gekommen.

1) ein goldener Ring, antik, mit fünf in Silber gefassten Diamanten, die einen Smaragd umgeben.

2) Ein silberner Schlüssel gez. B. J.

3) Ein silberner Schlüssel gez. W. Z.

4) Ein echtes spanisches Rohr mit silbernem Knopf.

5) Eine goldene Brosche (Schlange).

Wer zur Wiedererlangung dieser Gegenstände oder zur Entdeckung des Diebes verhilft, erhält obige Belohnung bei Herrn

L. Goldenring.

Auf Veranlassung der mehrheitlich ausgesprochenen Wünsche wird der auf den 22. März d. J. festgesetzte Ball aufgehoben, und zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs im Saale des Kafino ein Herrendiner am 22. d. M. Nachmittags 2 Uhr stattfinden. — Zur recht zahlreichen Beteiligung an letztem werden die gebreiten Kasinomitglieder mit dem Bemerkern ergeben eingeladen, daß am Festdiner auch Herren teilnehmen können, die nicht zur Kasino-Abteilung gehören.

Meldungen zum Diner werden bis zum 20. d. M. im Kafino bei dem Dekonom **Puchanek** erbeten.

Posen, den 6. März 1862.

Die Kafino-Direktion.

*** Wer Französisch und

Englisch durch Selbstunterricht schnell u. leicht zu erlernen wünscht,

dem empfehlen wir die deutsch-französisch-

Gin Spiritusbrenner, ein Wirtschaftsschreiber

(polnisch), sowie ein Cleve, der die Land-

wirtschaft erlernen will, können sofort placirt werden.

Auch werden 150 Stück Buchschaafe zu

laufen gesucht durch das Placirungs-Bureau

Breitestr. Nr. 7. **H. Oberzycki**.

Gin mit den nötigen Vorfennissen

versehener, gebildeter junger Mann,

beider Landessprachen mächtig, kann in

meiner Apotheke als Lehrling eintreten.

G. Neumann in Posen.

Ein unverheiratheter geübter Stellmacher findet vom 1. April c. vortheilhafte Stellung auf dem Dominium **Biechowo** bei

Heine, Mai, Nicolai etc., in

Bromberg bei **Aronsohn**.

Dr. phil. B. H-n; **Dr. S. S-s**.

Durch das Berliner Damen-Engagements-

Büro der Frau **Doris Leissner** in Berlin, Kommandantenstraße 53, können noch zu Ostern vortheilhaft placierte: Eine franz. Gouvernante für die Tochter eines Baron nach Delitzsch, 3 franz. Bonnen nach dem Rhein, 1 Kochdemoiselle nach Pommern für eine gräfliche Familie, 2 Landwirths. und 6 perfekte Kammerjungfern für hohe Damen.

Gin evang. Wirtschaftsleute wird gesucht, zu erfragen kl. Gerberstraße Nr. 2.

Lehrlingsgesuch.

Ein kräftiger junger Mann kann bei mir in die Lehre treten.